

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 3,- Goldmark, vierteljährlich 10,- Goldmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Soll und Sein“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 24. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Hergt abgesägt.

Die Führerkrise der Deutschnationalen.

Der Vorstand der Deutschnationalen Partei hielt gestern im Reichstag eine lange und stürmisch bewegte Sitzung ab, in deren Verlauf Herr Hergt sein Amt als Parteivorsitzender niederklegte.

Die Bürgerblockfront hat einen schweren Schlag erhalten. Herr Hergt, der Führer der Fraktion der fünfzigprozentigen Gefinnung, ist abgesägt worden.

Der Bürgerblock sollte zustandekommen durch einen riesigen Betrug. Am 29. August begann es mit dem fünfzigprozentigen Umfall der Deutschnationalen in der entscheidenden außenpolitischen Frage.

Politik der Halb und Halben geführt worden waren. Sie wurden unangenehm deutlich. Noch gestern Abend schrieb die „Deutsche Zeitung“ drohend:

„Wenn jetzt aber wirklich das Unerhörte Tatsache werden sollte, daß die Parteibureaucratie versucht, Eggelsen Hergt, dessen fortgesetzte Mißerfolge und Niederlagen die Partei bis an den Rand des Abgrunds geführt haben, noch zu halten, dann muß jede Rücksicht aufhören.“

Es handelt sich doch nicht um die Person allein, es handelt sich um das System Hergt und das Verbleiben Eggelens Hergts könnte nur so ausgelegt werden, daß die Parteileitung beabsichtigt, die jammervolle und in jeder Beziehung verunglückte Erfüllung und Kompromißpolitik der letzten Monate fortzusetzen.

Gegenüber der deutlichen Drohung mit der Parteispaltung hat Hergt nicht erst einen Beschluß der Vorstände der deutschnationalen Landesorganisation abgewartet, sondern sich rechtzeitig selbst abgesägt.

Er ist nicht abgesägt worden, weil er das erbärmliche Spiel vom 29. August betrieben hat, nicht aus Schamgefühl darüber, daß er als Reinsager 48 Jäger gegen vier Ministerstühle verhandeln wollte.

Aber für die Deutschnationalen? Sind sie dadurch wieder ehrlich geworden? Keineswegs: die Schmach bleibt auf ihnen sitzen, daß sie mit Gefinnung handelten wie mit alten Hosen.

Zu solch talentreicher und zukunftsweisender Zielsetzung bedarf es allerdings eines Mannes von hoher geistiger Schwungkraft, wie sie nur allein einem solchen eignet, der nicht bereits in gewissen Sinne, durch die aufreibende Tätigkeit des Alltags verbraucht ist.

An der Stelle von Herrn Hergt erscheint Herr Winkler. Seine hohe geistige Schwungkraft besteht darin, daß er weder jagerisch noch reinsagerisch festgelegt ist.

Wie sag' ich's meinen Kindern?

Der dramatische Vorgang der Absetzung von Hergt wird in einer parteioffiziösen, beschönigenden Mitteilung in folgender Form mitgeteilt:

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hielt heute im Reichstage eine Sitzung ab, in der an erster Stelle die Frage des Wahlkampfes erörtert wurde und der bisherige Parteivorsitzende Staatssekretär Hergt entsprechend seiner bekannten öffentlichen Ankündigung mitteilte, daß er den Parteivorstand niederlege, nachdem die Verhandlungen über die Regierungsbildung ihr Ende gefunden hätten.

Dank für seine erfolgreiche und selbstlose Leitung der Partei aus und richtete an ihn die einstimmige Bitte als Mitglied der Parteileitung weiterhin der Partei seine Kraft zur Verfügung zu stellen.

Nach dieser diplomatischen Darstellung hat sich die Absetzung des Parteiführers in den friedlichen Formen einer Geburtstagsfeier bewegt.

„Die Freude werden Sie nicht erleben!“

Während die Deutschnationalen Herrschaften im Reichstag Herrn Hergts Schicksal enthielten, hielt Gen. Heilmann in im Preussischen Landtag eine ausgezeichnete Rede, über die wir in der Beilage dieses Blattes berichten.

Aber, meine Herren, Sie haben ja Ihren Lohn schon dahin. Ist Herr Hergt eigentlich noch Ihr Führer? (Zuruf bei der Deutschnationalen Volkspartei: Das geht Sie gar nichts an! — Stürmische Heiterkeit.)

Er kann es, kann es besser als prophezeien. Ihm bleibt nur der Trost, daß er nicht der einzige schlechte Prophet seiner Partei ist.

Wer ist's?

Herr Winkler gehört zum eisernen Bestand des preussischen Landtags; freilich sind ihm die schönen Loge des Dreiklassenhauses verschwunden.

Ja oder nein?!

Die Monarchisten verlangen Aufklärung. — Tirpitz in der Klemme.

München, 23. Oktober. (Eigent. Drahtbericht.) Am Anschluß an einen Vortrag, den jüngst Großadmiral a. D. Tirpitz vor geschlossenem Kreise in München gehalten hat, erhob, wie die demokratische „Münchener Allgemeine Zeitung“ zu berichten weiß, der deutschnationale bayerische Landtagsabgeordnete Professor Bauer, der von Herrn v. Kahr bestellte Vorsitzende der Vaterländischen Verbände, die Forderung, daß eine künftige Reichsregierung im Reich sofort an die Vorbereitungen für die Wiedereinführung der Monarchie, vor allem in Bayern, zu gehen habe.

der Anwesenden sollte Professor Bauer, der ganz offensichtlich vom Bund „Bayern und Reich“ vorgeschickt war, großen Beifall. Sein Vorschlag stützt sich auf die zwischen den Deutschnationalen und einem erheblichen Teil der Bayerischen Volkspartei bestehende Übereinstimmung, daß der Wahlkampf die Wege für eine möglichst rasche Wiedereinführung der Monarchie in Bayern frei zu machen habe und deshalb von einer künftigen Rechtsregierung im Reich die Mitwirkung an einer gründlichen Ummwälzung der Reichs- und Landesverfassungen im Sinne des föderalistischen Bamberger Programmes zu erzwingen sei. Als Hauptpunkte für die Sonderstellung eines monarchischen Bayern werden angedeutet: 1. Ein besonderes bayerisches Heereskontingent zur freien Verfügung der bayerischen Regierung; 2. Abtrennung der bayerischen Eisenbahn- und Verkehrseinrichtungen von der Reichsbahn N.-G.; 3. wenn nötig, als Vorstufe für die Monarchie eine bayerische Staatspräsidentenwahl, in deren Hände einstweilen die wesentlichsten Regierungsbeschlüsse gelegt werden sollen, unter Einschränkung der Rechte der Volksvertretung, darunter auch die Bewilligung der Steuern und die Kontrolle des Staatshaushalts.

Die Wahlparole der Volkspartei.

Reaktion und politische Unehrllichkeit.

Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei hat, wie die „Zeit“ meldet, in „voller Einmütigkeit“ folgende Wahlparole formuliert:

„Die Deutsche Volkspartei wird den Wahlkampf selbständig führen ohne Anlehnung nach links oder rechts. Die Deutsche Volkspartei wird ihre bisherige Politik der inneren Konsolidierung auch weiterhin verfolgen. So wie bisher die Außenpolitik der Deutschen Volkspartei eine immer größere Anhängerschaft gefunden hat, so hofft sie auch, daß die Neuwahlen die Grundlage für eine Zusammenfassung immer größerer Kräfte auf der Linie der Deutschen Volkspartei in der inneren Politik schaffen werden.“

Die selbständige Führung des Wahlkampfes wird die Volkspartei nicht verhindern, nach den Wahlen wieder Zutreiberdienste für die Deutschnationalen zu leisten.

Außenpolitik der Deutschen Volkspartei: sie hat gar keine. Der Kurs der deutschen Außenpolitik ist jahrelang gegen die Deutsche Volkspartei bestimmt worden. Gezwungen durch die Wucht der Tatsachen und die innere Logik der Außenpolitik der Republik, mußte sich die Deutsche Volkspartei unter Stresemann trotz ihres schwarzweißen Geredes zu dieser Außenpolitik bekehren. Aber immer mußte Herr Stresemann von außenpolitischen Forderungen der Deutschnationalen zurückgehalten werden. Diese Richtung aus Müssen, Widerstreben und Anderswollen nennt sich „Außenpolitik der Volkspartei“. Diese Wahlparole für etwas, was gar nicht existiert, ist ein Humbug.

Die Linie der Deutschen Volkspartei in der inneren Politik ist freilich klar genug: keine klare Stellung zur Republik und zur demokratischen Verfassung, politische Reaktion gepaart mit sozialer Reaktion, Interessenpolitik für die Großindustrie.

Die Volkspartei will den Bürgerblock — das ist ihre „innere Konsolidierung“. Ihre Wahlparole ist bewußt schwammig, aber gerade deshalb um so deutlicher: Bürgerblock und innere Reaktion, verhüllt durch politische Unehrllichkeit.

Zentrum und Deutschnationale.

Die Unterhändler berichtigen.

Auf die Behauptung des deutschnationalen Wahlausrufes, das Zentrum habe sein Wort gegenüber den Deutschnationalen nicht eingelöst, stellen die Unterhändler des Zentrums v. Guérard und Lammer fest, daß das Zentrum den Deutschnationalen für den Fall einer Annahme der Dawes-Befehle durch ihre Fraktion lediglich eine entsprechende Vertretung in den Ausschüssen zur Durchführung des Gutachtens und eine entsprechende Berücksichtigung bei Verhandlungen über eine Regierungserweiterung

nach rechts und links zugestanden habe, wobei ausdrücklich betont worden sei, daß der Reichstanzler völlig freie Hand behalte. Die deutschnationale Parteileitung habe sich zwar bemüht, diese Zugeständnisse in einem Brief von Guérard unzufällig, Guérard habe aber den Versuch sofort zurückgewiesen, was auch von Westarp anerkannt worden sei.

Die Sache wird für die Deutschnationalen immer klammer! Es zeigt sich, daß sie bei dem Schacher um einige Ministerposten eines von einer geradezu astreischen Bescheidenheit gewesen sind. Was soll man aber davon sagen, daß auch der allsonservative Graf von Westarp mit von der Partie gewesen ist und Hergt an Bescheidenheit noch übertroffen hat? Das ist ein Kapitel, das bei der Sitzung der deutschnationalen Landesversände weitgehende Berücksichtigung verdient. Hergt ist abgesetzt. Und Westarp? Wenn schon, denn schon!

„Freiheits- und Befreiungspolitik“.

Ein Aufruf der Putzpartei.

Die Nationalsozialistische Partei veröffentlicht einen zweiten Wahlausruf, der noch deutlicher als der erste zeigt, wozu die Fahrt gehen soll. In dem Aufruf heißt es, die Nationalsozialistische Partei erkenne den durch die Abstimmung vom 29. August geschaffenen Zustand nicht an und fordere den Kampf gegen ihn. Sie ruft das Volk zu einer Freiheits- und Befreiungspolitik. Ein Einritt in den vom „Jüdisch-kapitalistischen Internationalismus geleiteten“ Völkerbund wird als drittes Verfallszeichen bezeichnet.

Man kennt die Tonart. Es sind die alten Phrasen, mit denen die Hitler und Ludendorff ihre Gläubigen in den Bürgerbräuküche gelockt haben. Die Deutschnationalen waren damals nicht dabei, weil sie es verstanden hatten, sich vorsichtig im Hintergrund zu halten. Aber man erinnert sich, daß einer ihrer Ministerkandidaten für den Bürgerblock bei einem Gelingen des Putzes bereit war, in das Direktorium einzutreten. Die neu erwachte Freundschaft der Deutschnationalen für die Rechtsradikalen ist also zu verstehen.

Die Ansprüche der Großlandwirtschaft.

Die Rentenbankhypothek den Landbündlern!

Der Deutsche Landwirtschaftsrat ist gestern, Donnerstag, in Berlin zu seiner 54. außerordentlichen Vollversammlung zusammengetreten. Zur Frage der Bildung der Rentenbankkreditanstalt hat er folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Deutsche Landwirtschaftsrat muß mit Bedauern feststellen, daß das Gesetz über die Liquidation des Umlaufes an Rentenmarktscheinen infolge des Einpruchs des Organisationskomitees für die Goldnotenbank in einer Fassung verabschiedet worden ist, welche die künftige Gestaltung der notwendigen Kreditmittel für die deutsche Landwirtschaft offen gelassen hat. Die Regelung dieser Frage ist ein Gebot der Stunde. Der Deutsche Landwirtschaftsrat fordert einstimmig, daß die in § 9 des genannten Gesetzes vorgesehene Errichtung einer landwirtschaftlichen Kreditanstalt unverzüglich und in engster Anlehnung an die erfolgte Umgestaltung der Deutschen Rentenbank vorgenommen wird.“

Träger der Rentenbankkreditanstalt können nur die in der Generalversammlung der Deutschen Rentenbank verkörperten grundsätzlichen Interessen der Landwirtschaft sein. Eine Vertretung der seit altersher mit der Vermittlung des landwirtschaftlichen Kredites beschäftigten und darin bewährten Institute in den Organen der Rentenbankkreditanstalt ist gleichwohl nur zu begründen. Für eine anders geartete Vertretung der Länder, durch welche die Selbstverwaltung der Rentenbankkreditanstalt in der Hand der deutschen Landwirtschaft in Frage gestellt werden könnte, kann ein Bedürfnis um so weniger anerkannt werden, als die Unterstellung der Anstalt unter die Aufsicht des Reiches die sachgemäße Verwaltung der Mittel und die Berücksichtigung der Kreditbedürfnisse in den einzelnen Landesteilen verbürgt.

Die deutsche Landwirtschaft, die ohne Mitverantwortung staatlicher Organe zu zwei Dritteln die Last für die Wiederherstellung der deutschen Währung übernommen und getragen hat, und nunmehr zur Tilgung der aus diesem Anlaß bei der Rentenbank aufgenommenen Reichskredite verpflichtet worden ist, muß für sich das Recht und die Fähigkeit in Anspruch nehmen, die bei der Deutschen Rentenbank zur Sicherung ihrer eigenen Kreditnot verfügbaren gebildeten geringen Mittel durch ihre eigenen Organe zu verwalten.

Wird man die Entschließung, so wird man geradezu auf den Gedanken gestoßen, daß die Umgestaltung der Deutschen Rentenbank ausschließlich eine Sache des Reichslandbundes und seiner amtlich angeordneten Filiale, der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer sowie des Deutschen Landwirtschaftsrats sein soll. In der Generalversammlung der Deutschen Rentenbank liegt der Einfluß der politisch organisierten Großlandwirte derart vor, daß eine Erfüllung der vom Landwirtschaftsrat erhobenen Forderungen geradezu eine Preisgabe der kreditbedürftigen mittleren und kleinen Landwirtschaft an den Großgrundbesitz bedeuten würde. Es ist zum erstenmal in der Geschichte des Bankwesens, daß eine private Interessengruppe mit dem Anspruch auftritt, eine staatlich festgesetzte Generalkredithypothek auf die deutsche Landwirtschaft ohne jede wirksame Kontrolle an sich zu ziehen. Denn die maßgebenden wirtschaftlichen Verbände der deutschen Landwirtschaft, insbesondere die Genossenschaften, sind in dem bisherigen Rentenbankstatut vollkommen in den Hintergrund gedrängt; eine wirksame behördliche Kontrolle, die durch eine bloße Aufsicht des Reiches keineswegs ersetzt werden kann, wird in der Entschließung abgelehnt. Dabei beruft man sich in großen Tönen auf die Fähigkeit, die die Rentenbank angeblich bisher bei der Finanzierung der Landwirtschaft gezeigt haben soll. Die Bauernorganisationen sind aber darüber anderer Meinung. Sie haben gegen die einseitige Kreditpolitik der Rentenbank wiederholt aufbegehrt. Auch sonst bestehen gegen die von den Landbündlern geforderte Umstellung der Rentenbank schwere Bedenken, auf die noch näher einzugehen sein wird. Schon jetzt hat man aber den deutlichen Eindruck, daß es dem Reichslandbund darum zu tun ist, mit dem unkontrollierten Recht auf zwei Milliarden Mark Hypotheken der Landwirtschaft sich ein wirtschaftliches Machtmittel zu sichern, das es seinen eigenen politischen Zwecken nutzbar machen will. Wir können nicht annehmen, daß das geschäftsführende Reichskabinett diesen Bestrebungen ohne weiteres nachgibt, zumal ihm für die Gründung der Rentenbankkreditanstalt eine ausdrückliche Ermächtigung des Reichstages fehlt.

Reichspräsident und Untersuchungsrichter.

Kommunistisches Gerede.

Die „Mote Paune“ hält in ihrer heutigen Morgenausgabe ihre Behauptungen aufrecht, daß der Reichspräsident mit dem Untersuchungsrichter Vogt über den Prozeß gegen die Mitglieder der kommunistischen Zentrale verhandelt habe. Das Blatt giebt sich dabei auf ein Anekdoten, in welchem der Untersuchungsrichter selbst zwei Vespredungen mit dem Reichspräsidenten vermerkt habe. Wie wir erfahren, hat der Untersuchungsrichter diese Unterredungen nicht mit dem Reichspräsidenten, sondern mit dem Reichstagspräsidenten Walraf gehabt. Wenn in dem Anekdoten wirklich an der betreffenden Stelle sich das Wort „Reichspräsident“ finden würde, so könnte damit, wie sich aus dem Zusammenhang von selbst ergibt, nur der Reichstagspräsident gemeint sein. Denn es ist ausdrücklich von Verhandlungen mit dem Landtagspräsidenten, dem Landtags- und dem Reichsdirektor Rede, außerdem handelt es sich ja um die Hausjurung im Parlament.

Jarres bleibt ausgewiesen. Die belgische Besatzungsbehörde in Duisburg hat die Einreisegenehmigung des Reichsinnenministers Dr. Jarres und die Übernahme der Geschäfte des Oberbürgermeisters in Duisburg durch Jarres erneut verweigert.

Ein Opfer des Amazonas.

Von Jos. Rechen.

Aus dem nördlichen Brasilien, aus Manaus, dem Vorposten der Zivilisation am mittleren Amazonas, kommt die Trauernachricht, daß dort der deutsche Südamerikaforscher Theodor Koch-Grünberg ein Opfer der heimtückischen Tropenkrankheit, der Malaria, geworden ist. Der Forscher wollte eben seine vierte große südamerikanische Forschungsreise beginnen. Seine Expedition sollte — gemeinsam mit einer von Norden vordringenden amerikanischen Expedition — Aufklärung über das Quellgebiet des Orinoco bringen, jenes mehr als 2200 Kilometer langen, im Grenzgebiet von Brasilien und Venezuela entspringenden Hauptflusses von Venezuela, der schon Alexander v. Humboldt feststellte. Der Orinoco ist bis zu seinen Quellen bis heute nicht erforscht, wenn auch jenes Phänomen, daß er seine Wässer sowohl nach Norden zum Karibischen Meer, wie auch durch den Casiquiare nach Süden zum Rio Negro und dadurch zum Amazonas sendet, zuletzt noch durch Koch-Grünberg klargestellt worden ist.

Koch-Grünberg hat die Ergebnisse seiner beiden letzten Reisen außer in Leitberichten hier und dort in mehreren großen Werken zusammengefaßt. Über die Reise in den Jahren 1903/05 berichtet das Werk „Zwei Jahre unter den Indianern“, das in einer einbändigen Volksausgabe 1921 bei Strecker u. Schröder unter dem Titel „Zwei Jahre bei den Indianern Nordwest-Brasilien“ neu herausgegeben ist. Die letzte Reise ist in einem fünfbändigen Werk, dessen noch fehlender Band wohl vor der Abreise des Forschers zu seiner neuen Reise abgeschlossen worden ist, unter dem Titel „Von Koroima zum Orinoco“, Ergebnisse einer Reise in Nordbrasilien und Venezuela in den Jahren 1911 bis 1913“, dargestellt. Beide Werke sind Fundgruben für den Ethnographen sowohl, wie für den allgemein an der Soziologie der Naturvölker Interessierten. Es sind Zeugnisse für Stämme und Kulturen, die sich in rascher Zerlegung befinden. In Zerlegung deshalb, weil der rote Mann überall dort starke Veränderungen im Charakter und in seinen Beziehungen zur Natur erfährt, wo er dem Einfluß der „Weißen“ unterliegt.

Theodor Koch-Grünberg gehört zu jener Forschergeneration, von der man nichts Größeres sagen kann, als daß sie nichts anderes wollte, als der Wissenschaft zu dienen; nicht irgendeiner angewandten, im Effekt Geld und Gut einbringenden Wissenschaft, sondern jener Wissenschaft, die einfach Fragen, die ohne Antwort bleiben müssen, nicht erträgt, die diese Antworten so lange sucht, bis sie sie gefunden hat. Ihn reizten die Eintragungen „terra incognita“ (unbekanntes Land) in den brasilianischen Karten; ihn reizte die große Frage, die dahinter verborgen ist. Bei seiner Reise vor Anfang des Jahrhunderts ging er vom Amazonas dessen größten linken Nebenfluß, den Rio Negro (Stromlauf über 2000 Kilometer), hinauf bis dorthin, wo dieser, vom Norden kommend, die scharfe Biegung nach Osten macht. Von hier aus wendete sich der Forscher nach Westen in das brasilianisch-kolumbianische Grenzgebiet und erforschte dies, den Flüssen folgend, nach allen Richtungen. Bei seiner letzten Reise folgte er wieder erst dem Rio Negro und dann seinem großen Nebenfluß, dem Rio Branco, nach Norden. Er gelangte bis zum 2600

Meer hohen Koroima; westwärts reiste er weiter zum Orinoco, den durch dessen Bifurkation (Gabelung) entstandenen, 400 Kilometer langen Casiquiare entlang südwärts und schließlich auf dem Rio Negro zurück zum Amazonas.

Bei diesen Reisen zu Wasser und zu Lande hat Koch-Grünberg ungeheure Sirenen zurückgelegt. Seine Wirksamkeit als geographischer Forscher hat manchen weißen Fleck in den südamerikanischen Karten verschwinden machen. Aber höher steht seine Tätigkeit als Ethnograph, seine Wirksamkeit für die Bereicherung der Völkerkunde. Manche Indianerstämme hat der Forscher als erster Europäer überhaupt, viele andere Stämme als erster wissenschaftlich geschulter Europäer besucht. Und vor allem: er hat den roten Männern eine große Liebe zugewandt, die für seine Forschungen außerordentlich fruchtbar geworden ist. Alle Seiten der Indianerexistenz hat er in den Bereich seiner Beobachtung gezogen. Der photographische Apparat hat ihm soviel Ausbeute gegeben, wie der im Notizbuch festgehaltene Eindruck. Die Menschen an sich haben ihn gefesselt, wie auch alle ihre Lebensäußerungen von der Geburt bis zum Tode. Er hat Feststellungen über den Zeugungs- und über den Geburtsakt, über die Aufzucht und die Erziehung der Kinder treffen können, alle Bemühungen um die Lebensbedürfnisse hat er kennengelernt. Auch die geistigen Lebensäußerungen, Religion und Dichtung, Tanz und Gesang, sind ihm bekanntgeworden.

Diese in jedem Betracht ungeheure Leistung wurde erzielt unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen. Die Gebiete, die Koch-Grünberg bereiste, liegen in unmittelbarer Nähe des Äquators. Das riesenhafte Becken des Amazonas, zu dem sie im weiteren Sinne gehören, ist so ungesund wie möglich. Fieberkrankheiten (deren einer der Forscher jetzt erlegen ist) fordern fortwährend Opfer ohne Zahl. Giftige und ungiftige Schlangen, große Raubtiere, zahlloses Ungeziefer — alle sind Gefahren für den Menschen und insbesondere für den Oringo, den ländersungewohnten Europäer. Die Elemente der Natur selbst sind keine Gegner; regnet es im Amazonasgebiet, so fallen Wassermassen vom Himmel, aus Rinnalen werden reichende Bäche, aus Bächen Ströme, Weiße Ströden werden unpassierbar. Auch der Bootsfahrt kann dann leicht ein Halt geboten sein: die Flüsse führen Bäume mit in reichender Strömung, Uferland treibt eis schwimmende Inseln in den Fluten.

Auch unter sonstigen normalen Verhältnissen ist die Kommunikation schwierig; ein Kilometer im Wald des nördlichen Brasilien mag der hundertfachen Entfernung auf deutschen Wegen im Kraftaufwand entsprechen. Nur mit Felle und Jacao (Houssiel und Fochinmesser) mag man sich mühsam den Weg bahnen. Selbst die größeren Tiere der Wildnis können sich nur auf ihren in langen Zeiten mühsam durchbrochenen und ausgetretenen Pfaden bewegen. In den Wohngebieten der Indianer, die sich allerdings gern längs der Flußläufe anliehen, kann man Kanoes anfertigen und auf den schwierigsten Gewässern zu handhaben wissen, gibt es uralte Landwege, anscheinend unter Benutzung von noch älteren Wildpfaden entstanden. Aber was heißt im Urwald Weg? In tausend Windungen, der Linie des geringsten Widerstandes folgend, um alle starken Bäume herumführend, zieht sich ein Pfad durch ein Unterholz, das man nach deutschen Begriffen gut und gern als ein dichtes Niederholz bezeichnen könnte. Einen Forscher sich auf solchen Pfaden mit seinem immer größeren Gepäck vorzutreten, ist fast unmöglich. Die

Hochachtung vor solchen Leistungen steigt, je mehr man die Schwierigkeiten kennt.

Ein Opfer der Wissenschaft ist jetzt Theodor Koch-Grünberg geworden: der Amazonas — lodend mit immer noch unzähligen Rätseln und gefräßig wie Moloch — hat ihn gefordert, wie er Jahr für Jahr mit seinen Fieberdämonen tauende und wieder tauende Ungenannte als Opfer fordert.

Radio-Wahlrede.

Grav, von der tiefen Dämmerung ungeheuer geweitet, unter einem bleichen Himmel, liegt der Trafalgar Square. Die Rekonstruktion zerfließt im Nebel. Lichtstrahlen werfen blyartig ihr gelbes, grünes und rotes Licht in seine von großen Lichtströmen umrahmte Dämmerung. Gedämpft nur klingt, wie ein fernes großes Pumpwerk, in seine Stille das Klischen der Autos und Omnibusse, die in einer Kette ohne Ende auf dem federnden Holzpflast Londons dahingelien.

Asquith spricht, 500 Kilometer entfernt in Paisley, seinem Wahlbezirk. Aber der Neubau am Südwestende des Squares, ein moderner Eisenbetonbau, einschließt in die Verschönerung eines Holzgerüstes, grell angeleuchtet von den Gaslaternen der Straße, trägt die Spracheröhre, drei Trichter, die so ungehörig-sinnlos aus dem Getreidefeld. Davor auf dem Platz ein paar Tausend, wie jügendlich versammelte Menschen, herumstehend, auf dem Rand der Bekkiss stehend, an die Sockel der Denkmäler gelehnt, ein wenig fröstelnd und ohne jede Zusammengehörigkeit, zu der jeder geschlossene Raum die Menge zusammenzweihelt.

Wählich schallt aus den Trichtern ein Klappern, als ob Zeller aufeinandergestellt würden; Asquith wird in Paisley begrüßt. Er beginnt seine Rede. Seine Stimme schallt übermenschlich aus den Trichtern heraus. Sie ist hier lauter als in Wirklichkeit; sie läßt über den ganzen riesigen Platz. Jedes Wort ist deutlich, wenn auch manchmal eine Silbe von einer Autohupe verschlungen wird. Es ist die Wahlrede des Führers einer Oppositionspartei. Also muß man anfragen, muß den Gegner, der nicht antworten kann, aufs Glatteis führen und ihn lächerlich machen. Asquith zieht alle Register der Biederkeit und des donnernden Ernstes.

Die Zuhörer auf dem Trafalgar-Platz frösteln. Es fehlt der Kontakt zwischen dem Redner und den Zuhörern. Freilich ist man trotz solcher nur zu offensbaren Mängel keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß diese Neuerer der jüngsten Jahre, diese Entstellung des Radio in den politischen Kampf einen bedeutsamen Fortschritt darstellt. Man ist sich darüber klar, daß sich hier unerfahrene Wählerkreise der Erziehung zur Politik bieten. Wichtige Parliaments-sitzungen können ungezählten Zuhörern übermittel werden, die nichts anderes zu tun haben, als den Kopfhörer umzufassen; wichtige Reden von Staatsmännern und Parteiführern können in einer unbegrenzten Anzahl von Versammlungen gleichzeitig gehört werden. Die Zeitung ist nur eine zu schmale Brücke zwischen den politischen Führern und den Massen. Das gesprochene Wort, das durch Radio vermittelt wird, mag leichter Eingang finden als das gedruckte, und dadurch helfen, die Basis, auf der die Demokratie steht, zu erweitern. Egon Wertheimer, London.

Bayerischer Partikularismus.

Der Finanzminister fordert Rückübertragung der gesamten Finanzverwaltung.

München, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am bayerischen Landtag, der nach einer Pause von etwa drei Monaten am Donnerstag vormittag wieder zusammentrat, legte Finanzminister Krausneck den Doppeletat für die Jahre 1924 und 1925 vor. Der Finanzminister stellt dabei fest, daß es gelungen sei, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Der ordentliche Haushalt für 1924 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit rund 544 Millionen ab, jener für 1925 mit rund 562 Millionen Goldmark. Der außerordentliche Haushalt für 1924 weist einen Ausgleich auf mit 16 750 000 M., der für 1925 mit 34 630 000 M. Die Staatsausgaben für 1924 sind gegen jene des letzten Vorjahresjahres 1913 um 54 Proz. gestiegen. Der Grund hierfür liegt hauptsächlich in dem Mehraufwand für Besoldungen und Versorgungsbezüge. Die Zahl der Beamten (52 000 bayerische Landesbeamte) hat sich gegenüber 1913 um rund 4000 vermehrt. Abgebaut wurden bisher etwas über 7 Proz. der Landesbeamten. Unter den Betriebsausgaben steht der Haushalt der Staatsforstverwaltung an erster Stelle. Er schließt für 1925 mit 72 Millionen Korbmark ab, denen 34 Millionen Betriebsausgaben gegenüberstehen, so daß eine Reineinnahme von 38 Millionen erzielt wird. Der Haushalt der Berg-, Hütten- und Salzwerke ergibt eine Ablieferung von rund 200 000 Goldmark jährlich. In direkten Steuern weist der Haushalt für 1924 eine Einnahme von 355 Millionen, für 1925 eine solche von 361 Millionen auf. Das sind etwa zwei Drittel der gesamten Staatsausgaben. Davon stehen allerdings 113 Millionen den Gemeinden und Kreisen als Steuermaterial zu.

Der Finanzminister gab im Zusammenhang mit der Etatsberatung u. a. noch bekannt, daß die Verhandlungen zur Überführung sämtlicher bayerischer Staatsbetriebe in privatrechtliche Form abgeschlossen sind. Auch das Hofbrauhaus, dessen Lage nicht ungünstig ist, soll in privatrechtliche Betriebsform übergeführt werden. Am Schluß seiner Ausführungen über den Haushaltsplan forderte der Finanzminister grundsätzlich die Rückübertragung der gesamten Finanzverwaltung an die Länder, um die Selbstverantwortlichkeit der einzelnen zu steigern.

Nicolai auf Kriegspfadern?

Schlachtpläne gegen den „Vorwärts“.

Halle, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Wie dem „Volksblatt“ von einem absolut zuverlässigen Teilnehmer mitgeteilt wird, hat vor einigen Tagen im Hotel Stadt Hamburg eine Vertreterkonferenz der Deutschnationalen stattgefunden, auf der u. a. auch der bekannte Leiter des Kriegspresseamtes, Oberst Nicolai, sowie der deutschnationalen Ministerkandidat „Kamerad Leopold“ teilgenommen haben. Die Herrschaften zerbrachen sich darüber die Köpfe, wie der politische Einfluß des „Vorwärts“ auf die deutsche Bevölkerung gebrochen werden könne. Nach stundenlangen Gehirnverwicklungen kamen sie zu folgendem genialen Beschluß: „Alle verfügbaren Kräfte sollen für die Verbreitung eines in Berlin erscheinenden Antifemitenblätters eingesetzt werden. Dies soll den roten „Vorwärts“ allmählich auf folgende Weise verdrängen: Das Antifemitenorgan soll den Arbeitern in den Betrieben und in den Werken eine Zeitung gratis zur Verfügung gestellt werden. Gegebenenfalls will man es den in Frage kommenden Arbeitern mündig gratis zustellen.“ Da diese Methode schon alt und ihre Anwendung in ähnlichen Fällen bisher regelmäßig mißglückt ist, darf man den Herrn Kriegspressechef und den „Kameraden Leopold“ wohl fragen, wer sie auf diese politische Schnapsidee gebracht hat. Für die Arbeitererschaft, die erfahrungsgemäß auf solchen Schwindel nicht hereinfällt, ist es übrigens sehr interessant, daß der Leiter der Kriegspressezentrale gleichzeitig Pressematador der deutschnationalen Volkserneuerungspartei ist.

Dr. Osann, ein bekannter Führer der Volkspartei, ist gestorben. Er war hessischer Landtagsabgeordneter und früher auch Reichstagsabgeordneter.

Anayat Khan über den Sinn des Lebens. Bevor man einen indischen Weisheitslehre hört, weiß man schon, daß er in launisch und durch keine Lehre die Gefühle der gesamten Menschheit organisieren will. Der Orient kommt uns stets religiös, stets gefühlsmäßig. Das wird erklärt, wenn wir das Klima berücksichtigen, daran denken, daß die Orientländer Agrarländer sind, und überdies die politische Unfreiheit der Völker nicht außer acht lassen. Anayat Khan, der Führer der Sufi-Bewegung, der in der Irania über den „Sinn des Lebens“ sprach, will eine religiöse Vereinigung, in der die Menschen sich finden in Liebe und Ehrlichkeit. Die Natur ist das Buch aller Bücher. Religion ist das Streben nach einem Ideal die Grundlage der Glückseligkeit ist Liebe. Durch innere Betrachtung gelangt man zur Herrschaft über sich selbst. Gottesdienst ist, wenn man das göttliche Leben in allem sucht, was um einen besteht. — Die Sufi-Lehre in Ehren (das Gute, das sie will, hat sie mit vielen, vielen Lehren gemeinsam), aber als ein in einem abendständigen Industrieland lebender Sozialist kann man wohl der Meinung sein, daß die innere Betrachtung nur einem kleinen Kreis profitlich möglich ist. Für die große Masse der Ausgebeuteten muß, bedingt durch eine andere Wirtschaftsordnung, der tägliche Kampf ums tägliche Brot erst mildere Formen angenommen haben, bevor sie überhaupt einmal Zeit zur Selbstbeachtung findet. Und sollte dann nicht vielleicht doch der Sozialismus die Volkshilfe des Abendlandes an das Morgenland sein? e. b.

Reaktionäre Flegelchen im Kopenhagener Opernhaus. In der dänischen Hauptstadt wird lebhaft ein Zwischenstück besprochen, der sich im Kopenhagener Opernhaus bei einer Vorstellung ereignete, an der auch der sozialistische Unterrichtsminister, Frau Lira Bang, teilnahm. Studenten sangen am Schluß der Vorstellung das Kompliment „König Kristian“, das als Propaganda gegen die demokratische Aera betrachtet wird. Es kam zu erregten Szenen im Parkett und auf der Bühne, wo einzelne Schauspieler und Schauspielerinnen zum Protest gegen die Reform des Unterrichtsministers bei der Hooper mitsangen. Angeführt war die Demonstration von einem Kopenhagener Großindustriellen Ingenieur.

In der Oper am Ringplatz wird Sonnabend statt der ursprünglich angekündigten „Liederwelt“ „Liedland“ gegeben. Anfang 7 1/2 Uhr.

Zur Erinnerung an Anais de France findet ein Festkonzert am Sonnabend in der „Gondel“, Beethovenische 4. für den Kunst-Verein, Berlin statt. Es leiten: Ernst Bloch, Dr. Kurt Hiller, Dr. Quackenbush, Franz Koloff, Welt Samis. Beginn 8 1/2 Uhr. Eintritt frei.

Vorträge in der Akademie der Wissenschaften. Am Vortrage der Preussischen Akademie der Wissenschaften sollen wie im Vorjahre während des kommenden Winters von Mitgliedern der Akademie an Sonnabenden öffentliche Vorträge gehalten werden. Es werden sprechen: 25. Okt. Herr Deussen: „Die Lebensbestimmung der deutschen Romanistik“. 22. Nov. Herr Deussen: „Die Lebensbestimmung der deutschen Romanistik“. 18. Dez. Herr Correns: „Die Erwerbung vererbbarer Eigenschaften“. 24. Jan. Herr Penzler: „Der geschichtliche Kontext“. 21. Febr. Herr Penzler: „Die Entzündungsgeschichte“ und die vererbte Anatomie des Hirndrüsensystems“. 14. März Herr Penzler: „Die Entzündungsgeschichte eines Minerals“. Die Vorträge finden in der Akademie, Unter den Linden 38, statt und beginnen pünktlich 7 1/2 Uhr. Eine Karte für die gesamte Reihe kostet 10 M. für die Einzelvorträge 2 M., Stehplätze je 50 Pf. Die Plätze sind nummeriert. Eintrittsfreie bei dem Wirtin der Akademie.

Republikshuh verboten!

2 Monate Festung für einen sozialdemokratischen Redakteur

Leipzig, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der verantwortliche Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Gerolf Ernst Frenzel, ist am Donnerstag von dem Amtsgericht zu Leipzig zu zwei Monaten Festungshaft verurteilt worden. Frenzel wurde beschuldigt, die Staatsicherheit dadurch gefährdet zu haben, daß er über den bekannten Konflikt Gehler—Zeigler wegen der schwarzen Reichswahl Dinge veröffentlicht habe, die in einem Ausschuss des sächsischen Landtages bereits zur Sprache gekommen waren. Die Verhandlung erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Das Urteil bedeutet eine neue Rechtsbeugung. Der Sinn der Veröffentlichung in der „Leipziger Volkszeitung“ und in anderen sozialdemokratischen Blättern war, den Staatlicheren und die Vorbereitungen zum Umsturz von rechts verhindern zu helfen. Nur deshalb erfolgten die Veröffentlichungen. Es läßt tief blicken, wenn heute noch die Möglichkeit besteht, daß republikanische Richter den Willen zur Staatserhaltung mit Festung bestrafen können.

Rohbach in Deutschland. Im Nationalrat zu Wien brachte Abg. Gen. Witternigg eine Anfrage darüber ein, daß Rohbach in Salzburg Volks- und Mittelkäufer sowie Bestreiter zu militärischen Lehungen berichte, wobei es oft zu Zusammenstößen mit anderen Beamten komme. Es wird gefragt, seit wann Ausländer im Lande Privatmilitär ausbilden und leiten dürfen.

Um den britischen Bürgerwahlblock.

London, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Kommender Mittwoch ist Wahltag. Der Wahlkampf schlägt hohe Wellen. Die Leidenchaften äußern sich in sehr zahlreichen Störungen von Wahloberaufführungen.

Das liberale Hauptquartier gibt bekannt, daß es nicht daran denke, in jenen Wahlkreisen, wo ein liberaler Kandidat nicht aufgestellt sei, den liberalen Wählern die Stimmabgabe zugunsten der Konservativen vorzuschlagen. Man kann in dieser Erklärung einen Erfolg der linksliberalen Gegner eines Bürgerblocks Modell Lloyd-George erblicken. Es kann aber auch ein Mandat zur Umkehr des nachonoldischen Kampfes um das demokratische Gewissen und die Parteilehre der Liberalen sein.

Lloyd George erklärte in einer Verammlung, daß nach den Wahlen mit Sicherheit die konservative Partei ars Ruder komme. Die Liberalen würden jedenfalls die Konservativen unterstützen. Auf eine Frage, wie sich die Liberalen weiterhin zu einer konservativen Regierung verhalten würden, antwortete Lloyd George: Wir werden nie einer alten Maßnahme der konservativen Regierung die Zustimmung verweigern, nur wenn sie eine Maßnahme der Konservativen ist. Wir werden allerdings, wenn uns Vor schläge der Regierung bedenklich und gefährlich erscheinen, ohne Rücksicht auf die Folgen, dagegen stimmen. Das ist der einzige Weg ernsthafter parlamentarischer Arbeit und der einzige Weg, auf dem Abgeordnete ihre Pflicht gegenüber ihren Wählern erfüllen können.

OC. vor dem Freispruch.

(Fortsetzung aus der zweiten Beilage.)

In der Nachmittags Sitzung wurde dann die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Nachdem die Verhältnisse in der Zentrale München und die Tätigkeit des sächsischen Bezirksleiters Kapitän v. Abendroth geklärt waren, wurde nunmehr der Breslauer Leiter der D. C., Freiherr v. Zedlitz-Neuditz vernommen.

Die Aussagen der D. C. so erklärt Freiherr v. Zedlitz, habe ich nie gekannt. Für mich hat es sich allein um das Schicksal Oberstleutnants gehandelt. Auch Ehrhardt kam für mich erst in zweiter Linie; ich kannte ihn als drapenführer. Ob er vor dem Geheh Hochverrat beangene hat, ist mir ganz gleichgültig. Ich bin zweimal, das letzte Mal nach dem Erzbürger-Mord verhaftet worden. Vorher betrauten Sie die D. C. nach dem Erzbürger-Mord noch als bestehend? Angeklagter: Als feste Organisation habe ich die D. C. nie betrachtet.

Dann folgte die Vernehmung des Leutnants Koppe, des Führers der Sturmkompanie in Ober-Sachsen. Vorl.: Sie nahmen in München einmal an einer Sitzung teil, die Ehrhardt leitete? Angeklagter: Ja wohl. In dieser Sitzung verbot Ehrhardt alle Eigenmächtigkeiten der Unterführer, die zu Unfällen führen konnten. Vorl.: Sie sind sowohl nach dem Erzbürger-Mord als auch nach dem Rathenau-Mord verhaftet worden. Sie kennen doch die Statuten? Wie hochten Sie sich den Kampf gegen die Verfassung? Angeklagter: Den Kampf gegen die Weimarer Verfassung predigten alle Rechtsparteien. Ich verließ mich dabei auf den Führer. Deshalb ist die D. C. geheim organisiert wurde. Ist doch in geheimer Sitzung dargelegt worden. Der Beistellung der Regierung galt die Tätigkeit der D. C. doch nicht.

Angeklagter Korvettenkapitän a. D. Ehrentraut schilderte, daß er durch die Gründung von Offiziers- und Mannschafstammenschaften die Kameradschaft der von ihm geführten Detachmentskommandos aufrecht erhalten habe. Im Frühjahr 1921 sei er in Berlin mit dem Kapitänleutnant Werber zusammengetroffen und man habe für den Fall eines Putschversuches die Auffstellung von Abwehrkommandos besprochen. Vorl.: Sie wollten doch eine Truppe zur Niederschlagung innerer Unruhen schaffen und Sie haben doch eine der Reiterkorps recht erhebliche Haltung eingenommen. Angeklagter: Das ist wohl erklärlich, wenn Sie sich in die Seele eines Offiziers hineinversetzen, der aus seinem Berufsgewissen und als er sich später zur Verfügung stellte, wieder ohne Dank nach Hause geschickt wurde. Vorl.: Es waren doch aber auch Ihre Organisation so starke Verbindungs-momente aufzutreten, daß Sie eigentlich die Köpfe der Regierung hätten verstehen sollen. Rechtsanwält Dr. Sad: Herr Präsident, Sie haben heute mehrfach ausgesprochen, daß die Regierung und die Presse mit Recht Witternigg gegen die D. C. geäußert hätten. Dann aber hat der Staatsgerichtshof auch die moralische Pflicht ausgesprochen, weshalb der Staatsanwalt in Offenburg den Sachverhalt von dem Geheimnis der D. C. nicht wegzoggen hat.

1921 wurde die D. C. von der Regierung, als durch den Vollenstand die Ministerkessel wackelten, gerufen, um zu helfen.

Ueber die Berliner D. C. wurde dann Major a. D. Niebia vernommen. Er hat als Organist der Einmünderwehr 1919 einen falschen Namen geführt, da seine Post aussondriert wurde. Diesen Namen hat er früher auch demüt. Vorl.: War der Rathenau-Mörder Tschow in der Berliner D. C.? Angeklagter: Tschow besorgte für mich Post und ich holte sie auch von ihm ab.

Der Angekl. Stobwasser hat mit Major Niebia in Berlin zusammen gearbeitet. Ihm seien nur die rein militärischen Ziele der D. C. bekannt gewesen. Vorl.: Welche Beziehungen hatten Sie zu Tschow? Angeklagter: Er trat als Zeittreiwilliger in meine Gruppe ein. Vorl.: Sprach Tschow in regimentsfeindlichem Sinne? Angeklagter: Das ist zu viel gesagt. Wie waren selbstverständlich nicht mit allem einverstanden, was die Regierung tat, aber von Aufsehen oder Attentaten ist niemals die Rede gewesen. Politische Debatten waren fast verpönt, denn wir waren kein Soldatenrat!

Korvettenkapitän a. D. Werber war erster Vorsitzender des Vereins ehemaliger Ehrhardt-Offiziere. Er schilderte, daß er zum Kommandeur des Regiments Süd in Ober-Sachsen bestimmt gewesen sei und daß er Major Bloch zu seinem Generalfstabsoffizier gemacht habe. Die ganze Politik sei mir verhaßt, so erklärte der Angeklagte. Ich habe lebhaft versucht, in die Erdaten wieder einen Soldatengeist hineinzubringen. (Beifall im Saal.) Die ganzen Statuten der D. C. kenne ich nicht. Ich hatte nie das Gefühl, daß die Organisation Confus ein Geheimbund war. Sie ist ganz im Gegenteil, nach meinem Empfinden durchaus legal oder sagen wir, sogar offiziös gewesen. (Bewegung.)

Der letzte Angeklagte ist der Oberleutnant zur See a. D. Wehrmann, der als einer der ersten zur Ehrhardt-Brigade kam. Rechtsanwält Niehammer: Sie haben in München mit den anderen Herren mindestens auch über soziale Fragen gesprochen. Ankl.: Nur über die Nationalsozialistische Partei, da ich dieser Vereinigung vollkommen fremd gegenüber stand. — Rechtsanwält Dr. Lustgebrune: Ich für Ihre Ansicht über Ehrhardt auch nicht das Moment ausschlaggebend gewesen, daß Herr v. Seck den Kapitän Ehrhardt unter keine Fittich genommen hat? — Angekl.: Ganz genau.

Zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Staatsgerichtshof und der Verteidigung kam es nun, als der Vorsitzende, nachdem mit dem letzten Angeklagten die Vernehmung zur Sache und die Beweisnahme bis auf die Vernehmung des Untersuchungsrichters beim Staatsgerichtshof, Dr. Richter, beendet war,

aus der geheimen Anklageschrift des Oberreichsanwalts die bisher in der Sitzung nicht verlesene wurde, folgende Stelle zum Vortrag brachte:

„Wenn so das Vorbringen der Agenten und Zuträger in nichtiger Weise, konnte doch erwartet werden, daß irgendwas von Belang zu ermitteln sei, als Abgeordnete und Schriftleiter von Zeitungen bestimmte Behauptungen öffentlich aufgestellt und sich den Unschick gegeben hatten, als ob ihnen bestimmte Tatsachen unterliegen und zuverlässige Beweismittel zu Gebote stehen. Auf die Anhörung dieser Abgeordneten und Schriftleiter wurde besonderes Gewicht gelegt. Aber sie konnten nichts befeunden, was auch nur die Möglichkeit gewährt hätte mit weiteren Erhebungen einzufahren. Einer von ihnen gab in der Unternehmung folgende Erklärung ab: „Wir sind als Parlamentarier veranlaßt, manchmal mit Kombinationen zu arbeiten, dadurch auf den Versuch zu kopieren, daß wir Behauptungen auf Grund glaubhafter Kombinationen aufstellen, um zu sehen, wie die Regierung darauf erwidert, ob sie in der Lage ist, die Behauptungen ernstlich zurückzumeilen und zu widerlegen.“ Im übrigen stellte ich heraus, daß für solche Behauptungen insbesondere der Bericht vermerkt worden war, den eine sächsische Polizeibehörde am 17. März 1922 über die Angaben des wegen Landesverrats festgenommenen Hauptmanns a. D. Miksch a. D. Bodowitsch eintommen hatte. Mein v. Bodowitsch war seit dem Jahre 1919 wiederholt wegen Geisteskrankheit in Behandlung und Beobachtung gewesen. Er war schon am 28. Juni 1922 in der Heilanstalt in Doelen für die Unternehmung wegen der Ermordung des Ministers Nothenow geächtet worden. Der Unwert seiner Angaben stand fest. Ferner war die Frage zu prüfen, ob die D. C. die Vorbereitungen eines hochverräterischen Unternehmens beauftragt habe. Die Unternehmung erob die zweifelsfreie Verneinung dieser Frage. Die Veröffentlichungen in der Zeitschrift „Miksch“ standen dem Versuch einer gewissenmaßen Verwertung der Veröffentlichung des Reiches oder eines Landes ablehnend gegenüber. Die an einzelne Mitglieder ausgerechneten Abhandlungen „Geistiges Rüstzeug für Vertrauensleute“ und der „Plan für Schaffung einer Pressezentrale“, der in den Akten der Abteilung B. oder D. C. geführt wurde, haben nur den Kampf mit geistigen Waffen vor. In keinem der vielen tausend beschlagnahmten Schriftstücke fand sich auch nur eine Andeutung des Inhalts, daß die D. C. auf einen Umsturz hinarbeite.“

Präsident Richter (fortsetzend):

Das ist das negative Ergebnis der Anklage in diesem Prozeß.

Wir hätten nun noch als Zeugen den Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof, Dr. Richter, zu hören, der über weitere Aussagen der Angeklagten befeunden soll. Das sächsische Justizministerium, als vorgelegte Behörde, Dr. Richters, hat jedoch die Aussage Dr. Richters nur insoweit gestattet, daß er befeunden darf, die Angeklagten hätten auch in der Vorunternehmung in dem hier vorgetragenen Sinne sich geäußert. (Große Bewegung im Saal.)

Rechtsanwalt Dr. Lustgebrune (springt auf): Mit dieser unerträglich Beschränkung des sächsischen Justizministeriums können wir überhaupt nichts anfangen. Damit wird die Aussage des Untersuchungsrichters Dr. Richter für uns vollständig belanglos.

Rechtsanwalt Dr. Sad (sehr erregt): Das ist um so mehr bedauerlich, als gerade die sächsische Regierung in Sachen der D. C. in der furchtbarsten Weise danebengehauen hat.

Vorsitzender (unterbrechend): Ich bitte Sie, Herr Rechtsanwalt, doch hier sachlich zu bleiben.

Rechtsanwalt Dr. Sad: Aber ich verlange ja gerade vom Staatsgerichtshof, daß er mit uns die Feststellung trifft, daß die sächsische Regierung ebenso wie andere Stellen gegenüber der D. C. im Unrecht geblieben ist. Ich ersehe hier aus den Akten des Prozesses, daß sogar Reichsjustizminister Radbruch auf eine Beschwerde des Oberreichsanwalts über das ehe-mäßige und schädigende Vorgehen gewisser Polizeibehörden sich die Beschwerde des Oberreichsanwalts zu eigen gemacht hat, und gegen diese Polizei sich ebenso wie gegen andere Stellen gewandt hat.

Rechtsanwalt Niehammer: Ich bedaure, daß Herr Rechtsanwalt Dr. Sad die Stellungnahme des Reichsjustizministers und des Herrn Oberreichsanwalts gegen Maßregeln der Polizei hier öffentlich verlesen hat. Hätte er mich vorher um meinen Rat gefragt, so würde ich entschieden abgeraten haben. Aber da diese Dinge nun hier bekannt geworden sind, so muß ich doch sagen, daß die Mißbilligung am wenigsten die sächsische Polizeibeamten betroffen hat. Im übrigen muß ich feststellen, daß der Vorgesetzte des Untersuchungsrichters Dr. Richter nicht der Staatsgerichtshof, sondern der sächsische Justizminister ist und daß er allein eine Entscheidung über die Aussage treffen kann.

Es wurde eine kurze Pause gemacht, in der die Verteidigung zusammentrat, um ihrerseits zu der Lage Stellung zu nehmen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung hat Rechtsanwalt Lustgebrune im Namen der Verteidigung,

daß der Vorsitzende einen Teil der ganzen sehr umfangreichen Anklageschrift verlesen möge,

um diesen zum Gegenstand der Verhandlung zu machen und um auf diese Weise öffentlich das bekanntzugeben, was die Vorunternehmung einwandfrei festgestellt habe. Gegen eine Verlesung der Anklage spricht keine rechtlichen Gründe, zumal ja auch das Volksgericht in München im Hitter-Prozeß die Gesamtanklage zum Vortrag gebracht habe.

Der Bericht zog sich daraufhin zur Beratung zurück, an deren Schluß Präsident Richter erklärte: Das Gericht lehnt den Antrag auf Verlesung der Anklageschrift ab, da eine geschickte Handhabung hierfür nicht vorhanden ist. Das Gericht nimmt den Standpunkt ein, daß eine Verlesung von Teilen der Anklage lediglich der Initiative des Vorsitzenden entspringen könnte.

Damit war die Beweisnahme geschlossen. Am morgigen Freitag beginnen die Plädoyers. Die Sitzung wurde auf Freitag, morgens 9 Uhr, vertagt.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaften fordern 15 Proz. Lohnerhöhung.

Ein Berliner Abendblatt hat gestern mit dieser Balkenüberschrift seine Titelseite geziert. Drei weitere Ueberschriften: „Neue Lohnkämpfe auf der ganzen Linie“, „Gespannte Lage in der Industrie“, „Geschlossenes Vorgehen aller Gewerkschaften“ sollen die Sensation verstärken, die durch einige dürftige Angaben zu rechtfertigen versucht wird.

Den Gewerkschaften wird durch solche Tatarenmeldungen keineswegs gedient. Ihre Lohnbewegungen eignen sich nun einmal nicht zu Sensationszwecken. Es ist falsch, zu behaupten, die Gewerkschaften fordern 15 Prozent Lohnerhöhung, selbst dann, wenn zufällig die Forderungen einiger Gewerkschaften sich gleichzeitig auf dieser Linie bewegen. In der „Berliner Börsen-Zeitung“ wurden die von den Gewerkschaften propagierten Lohnerhöhungen auf durchschnittlich 15 bis 20 Prozent angegeben.

Jede Gewerkschaft bestimmt selber darüber, ob, wann und mit welchen Forderungen sie in eine Lohnbewegung eintritt. Das sind für jede einzelne Gewerkschaft Fragen der Taktik, die im wesentlichen von der Arbeitsmarktlage abhängig sind. Bei einem geschlossenen Vorgehen aller Gewerkschaften kann schon deshalb keine Rede sein. Das entspricht wohl der Taktik, die die kommunistische Parteizentrale für die Gewerkschaften festgesetzt hat, die Gewerkschaften aber haben keineswegs die Absicht, die Verbündeten der Deutschnationalen in ihren gewerkschaftsfeindlichen Bestrebungen zu unterstützen.

Die Löhne sind allerdings durchweg viel zu niedrig, gemessen an den heutigen Lebensmittelpreisen — im weitesten Sinne — zumal. Das weiß man in den Gewerkschaften am besten, denn sie selber, ihre Mitglieder sind es ja, die davon unmittelbar betroffen sind. Die Gewerkschaften werden auch nicht veräumen, die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen, sobald ihnen der Zeitpunkt geeignet erscheint. Sie haben dafür ein erprobtes Augenmaß und auch ihre bestimmten Maßstäbe. Sie lassen sich nicht in Streiks und Aussperrungen treiben, wenn es ihren Gegnern in den Kram paßt.

Unsere Gewerkschaftsangehörigen werden sich durch keinerlei Einmischungen von außen her irremachen lassen. Um so mehr aber müssen sie alles draussetzen, die Indifferenten heranzuziehen, ihre Reihen zu schließen und zu stärken. Fordern ist sehr leicht. Das haben uns die kommunistischen Drahtzieher erst kürzlich in Gotha gezeigt. Doch mit dem Fordern allein ist es nicht getan. Die Gesamtheit der Berufsgenossen muß hinter den Forderungen stehen, ihr Wille sie durchsetzen, sobald die Möglichkeit dazu gegeben erscheint.

Jurzeit ist „von Lohnkämpfen auf der ganzen Linie“, zumal in Berlin, keine Rede.

Betrogene Betrüger.

Die „Rote Fahne“ beschäftigt sich in ihrer Nr. 138 wieder einmal mit der wirtschaftlichen Lage der Eisenbahner. An und für sich ist hiergegen nichts einzuwenden. Die im DGB organisierten Eisenbahner, ganz gleich ob Arbeiter, Angestellte oder Beamte, haben nunmehr ein Interesse daran, zu erfahren, wie derartige Betriebsversammlungen und die in diesen gehaltenen Forderungen, z. B. „30prozentige Lohnerhöhung, 75 M. Betriebsbeihilfe und Freilassung der politischen Gefangenen“, zustande kommen. Die Betriebsversammlung der Bm. 42 Rumweilburg wurde einberufen von dem kommunistischen Betriebsrat Müller. Natürlich ohne Wissen des Obmanns, weil dieser dem DGB angehört. Selbst die zu zwei Dritteln anwesenden Unorganisierten waren empört über die geschäftswidrige Handlung des Müllers. Im Verlauf der Versammlung wurde festgestellt, daß es den Kapitulanten weniger auf die Durchführbarkeit der wirtschaftlichen Forderungen des DGB ankommt, als auf die Ablenkung von der unerhörten, gegen das Betriebsratsgesetz verstoßenden Handlungsweise der FCB-Betriebsratsmitglieder. Unverhohlenen brachten die Unorganisierten (der Schrecken des FCB) zum Ausdruck, daß sie gut genug waren als Stimmzieher für die FCB-Kandidaten, desgleichen mzu Zeichnen auf kommunistische Sammelblätter. Müller, in die Enge getrieben, erklärte, auch in Zukunft keinen Unorganisierten zu vertreten und — legte sein Amt nieder. Die Stimmung war, das ist bezeichnend, auf der Seite des DGB. Daran änderte auch die Resolution nichts. Ein Zwischenruf traf den Nagel auf den Kopf und verglich die Taktik des FCB mit der des Rintoppes.

Dieselbe Taktik wurde angewandt im Tempelhofer Betrieb. Den DGB-Betriebsratsmitgliedern sowohl wie den in großer Anzahl anwesenden Unorganisierten war die Tagesordnung nicht bekannt. Erst nach langer Beratung mit den zwei anwesenden „Kameraden“ Kühne und Schiemenz vom FCB, wurde die „Rote Fahne“ aufgelesen. Auch ihnen kam es weniger auf die Durchführbarkeit der vom FCB gestellten Forderungen an. Sie wollten lediglich die Stellung der Vertragskontrahenten kennen lernen. Darum die Vorzüge in den Betrieben und in den Berichten der „Roten Fahne“. Interessant war zu hören, daß, wenn der FCB zu radikal sei, nur der DGB, als zuständige Organisation der Eisenbahner in Frage komme. Denn — er stehe auf dem Boden des Klassenkampfes! Alle anderen, UGB, Christen usw. sind

gelbe Organisationen, weil sie in Harmonie mit dem Arbeitgeber stehen. So Herr Kühne vom FCB am 16. Oktober. Dem anwesenden Herrn Schiemenz waren diese Bekenntnisse Kühnes höchst fatal. Ob nun der § 4 Absatz 1 der Satzungen in Frage kommt? In Nr. 188 der „Roten Fahne“, Eisenbahner, seid auf der Hut“, ist der DGB wieder „gelb“ geworden. Berrückt und drei sind sieben! Wer nimmt diese Leute noch ernst?

Nein, die Dinge liegen so. Der FCB pfeift aus dem letzten Loch. 8000 Mitglieder im ganzen Reich sind beim besten Willen nicht in der Lage, einen großen Stab zu unterhalten. Darum das Verbrechen der Tatsachen und der Wahr-

SPD. - Funktionäre!

Montag, den 27. Oktober 1924, abends 7 Uhr, im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 25/26:

Allgem. Funktionärerversammlung

Tagesordnung:

Gegen Monarchisten und Militaristen für den Sozialismus.

Referent: Genosse Arthur Crispian.

Alle Funktionäre mit dem Ausweis von 1924 sind verpflichtet zu erscheinen. Der Bezirksvorstand.

heit. Hinzukommt der Schrecken für den FCB. Rämlich die Abwanderung ihrer früheren Freunde in das Lager der Indifferenten. So bedauerlich diese Feststellungen sind für die Organisationsverhältnisse der Eisenbahner gegenüber ihrem neuen Arbeitgeber, es ist der „Erfolg“ der betroffenen Betrüger. Dieselben Feststellungen über die Kampfesweise des FCB und seine Methoden, soweit die Einberufung von Versammlungen in Frage kommt, wurden in Bestand und anderen Belegschaftsversammlungen gemacht, zu denen wir uns im gegebenen Augenblick äußern werden.

Darum, Kollegen vom DGB, nützt die Zeit!

Lohnbewegung im Holzgewerbe.

Die Funktionäre des Holzarbeiterverbandes der Tischlereibetriebe nahmen am 21. Oktober zur Gesamtlage ihres Gewerbes Stellung. In einem ausführlichen Referat schilderte Kollege Boese die Vertragsbewegung während der nun schon neun Monate dauernden tariflosen Zeit. Die Berliner Verhältnisse haben unter der schlechten Beschäftigungsmöglichkeit in der Möbelbranche ganz besonders gelitten. Erst seit etwa vier Wochen ist eine leichte Besserung eingetreten. Von dieser tariflosen Lage ist auch die Lohnpolitik des Gesamtverbandes sowie die der Berliner Verwaltungsstelle beeinflusst worden und die Organisationsleitung in ihren Handlungen eingeeignet gemessen.

Die Preisentwicklung der letzten Wochen jedoch machte die Kündigung sämtlicher Berliner Verträge notwendig, um die Löhne den veränderten Preisen anzupassen. Die aufgestellten Lohnforderungen für die Tischlerereien sind den Arbeitgeberverbänden in der Erwartung unterbreitet worden, zu einer tariflichen Regelung zu kommen. Verhandlungen, die mit einer Arbeitgebergruppe — der Freien Vereinigung — geführt wurden, brachten keine Verständigung, da die Herren glaubten, ein Lohn in der Höhe von 78 Pf. müßte genügen, um die Lebensmöglichkeit der Tischler sicherzustellen. Die Verhandlungskommission des Verbandes jedoch mußte diesen Vorschlag als unzustutabel ablehnen, so daß auch weiterhin der bisherige Zustand bleibt.

Eine im Sinne des Referats vorgelegte Resolution fand gegen wenige Stimmen Annahme, so daß die Versammlung der Funktionäre mit den Maßnahmen der Ortsverwaltung einverstanden ist, indem in allen Betrieben die Forderung von 90 Pf. als Durchschnittslohn aufzustellen ist und bei sich etwa ergebenden Differenzen die Organisation eingreifen soll.

In der Diskussion konnten die kommunistischen Funktionäre unter Führung ihres geistigen Vaters — Henning — es sich nicht verkneifen, die Parolen der „Roten Fahne“ der Versammlung aufzujuchsen. Die Funktionäre jedoch erwiderten den Maultroupsionären die Antwort, die sie verdienen; hoffentlich ziehen diese daraus die notwendigen Konsequenzen. Aber auch die „Rote Fahne“ glaubt, sich mit der Bewegung des Holzgewerbes beschäftigen zu müssen. In ihrer Nummer 36 vom letzten Dienstag wird die Vertragsbewegung sowie die Lage des örtlichen Gewerbes in einer Form geschildert, die den Holzarbeitern gefallt, den Eisender aber keinen sattem bekannten Straden zu erkennen. Die „Rote Fahne“ hält sich offenbar berufen, die Holzarbeiterbewegung in die richtigen Bahnen zu lenken und Forderungen sowie Kampsparolen zu liefern.

Die Holzarbeiter Berlins kennen die kindlichen Manieren der „Weltrevolutionäre“, und wir dürfen uns wohl eripieren, auf das Beschreiben dieser Auch-Arbeiterzeitung näher einzugehen. Die Berliner Funktionäre haben gesprochen und erblickt in ihrer Organisation kein Spielzeug, sondern ein Maßinstrument, das Rindstöpfe nicht ausgeliefert werden darf.

Zum Tarifkampf der Berliner Theatermusiker.

Bezüglich der vom Deutschen Musikerverband gegen das Berliner Sinfonie-(Blüthner-)Orchester ausgesprochenen Sperre, die sich damit auch auf einige Theater, worunter

das Theater in der Kommandantenstraße, ausdehnt, unternahm die Direktion des letzteren, Dr. Martin Jidel, einen Rechtsfertigungsversuch. Die entscheidende Stelle der Zuschrift an uns lautet:

„Der Deutsche Bühnenverein hat, da er sich mit dem Verband der Musiker über tarifliche Fragen nicht einigen konnte, mit dem Reichsartell Deutscher Berufsmusiker einen Tarifvertrag abgeschlossen. In diesem Tarifvertrag wurden die Arbeitsbedingungen zwischen den Theaterleitern und den Orchestern geregelt.“

Zu den Bedingungen dieses Tarifvertrages habe das Theater in der Kommandantenstraße Musiker beschäftigt, die dem Verbande angehören. Diese Musiker sollten auch weiterhin unter den gleichen Bedingungen beschäftigt werden, allein im Verlauf des inzwischen ausgebrochenen Kampfes zwischen dem Musikerverband und dem Reichsartell habe der Deutsche Musikerverband seinen Mitgliedern verboten, zu den tariflichen Bedingungen des „Reichsartells“ zu arbeiten. Die Musiker seien am letzten September ausgeschieden und an ihre Stelle sei am 1. Oktober das neue Orchester — des Reichsartells — eingetreten. In den übrigen gesperrten Theatern lägen die Dinge ähnlich und es erweise als ein unberechtigter Terror, wenn der Musikerverband verlangt, daß die Bühnenleiter nur mit ihm Verträge abschließen und andere „nicht organisierte Theatermusiker (Kartell der Deutschen Reichsmusiker) nicht beschäftigen sollen.“

Der Deutsche Musikerverband, dem wir Gelegenheit geben, zu diesem Vorwurf Stellung zu nehmen, bemerkt hierzu u. a.: „Gerade das numerisch kleine Orchester des Theaters in der Kommandantenstraße kann als die Musterkarte eines Theaterorchesters dienen, wie es nicht sein soll. Gerade dieses Orchester bildet ein Sammelmuseum von Elementen, die unter normalen Verhältnissen als „Theatermusiker“ nie in Frage gekommen wären. Ensemblesmusiker, Klodorianer (Deutsches Tonkünstler-Orchester), S. R. V. Leute (Internationale Kapellmeister-Vereinigung), abgebaute Beamte, das sind so die Rudimente, aus welchen sich dieses Orchester zusammensetzt. Selbst ein aktiver Schupobeamter fehlt in diesem Orchester nicht... Wenn Herr Dr. Jidel bezüglich des jetzigen Kampfes der Berliner Theatermusiker die Meinung vertritt, es handle sich um einen Kampf zwischen Musikerverband und Reichsverband Deutscher Berufsmusiker, so ist das total verkehrt. Der Kampf der Berliner Theatermusiker — als solche bezeichnen wir die Musiker, die bisher in den Berliner Theatern tätig gewesen ist — richtet sich in diesem Falle wirklich nicht gegen die an sich sehr bedeutungslose Spitterorganisation mit dem hochtrabenden Titel „Reichsartell Deutscher Berufsmusiker“, sondern es handelt sich hier einzig und allein um einen Kampf zum Zwecke der Erhaltung des bisher für die Theatermusiker gältigen Tarifvertrages.“

Dieser Kampf ist im ganzen Reiche von der im Deutschen Musikerverband organisierten Theatermusikerschaft mit vollem Erfolg geführt worden und auch die Berliner Theatermusikerschaft hat die Einführung des verschlechterten Tarifvertrages in den meisten Betrieben abzuwehren können. Wo dies noch nicht geschehen ist, müssen sich die Direktoren eben in der Hauptsache mit „Ruch“-Theatermusikern behelfen, die mit der wirklichen Berliner Theatermusikerschaft nie etwas gemein hatten und auch für die Zukunft nicht gemein haben werden.“

Erholungsstätten der Angestellten.

In den letzten Jahren haben Berufsorganisationen aller Art besondere Erholungsstätten gebaut oder angekauft, um ihren Mitgliedern zu mäßigen Preisen eine ihren Verhältnissen entsprechende Gelegenheit zur Erholung und Ausspannung zu geben. Der Deutsche Werkmästerverband, Eich Düsseldorf, der zurzeit 160 000 Mitglieder zählt, ist jetzt diesem Beispiel gefolgt und hat das Schloß Hoheneck, das in Frankenhäusern, am Fuße des Schönen und jagenderen Kuffhäuser liegt, als Erholungsheim erworben. Dieses Erholungsheim ist deshalb besonders bemerkenswert, weil den erholungsbedürftigen Mitgliedern sich Gelegenheit zur Benutzung der heilkräftigen Solbäder in Frankenhäusern bietet. Wie wir hören, wird der Deutsche Werkmästerverband noch mehrere solcher Erholungsheime errichten, falls die bei seiner ersten Erholungsstätte gemachten Erfahrungen günstig ausfallen.

Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie.

Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 9½ Uhr im „Brodener Garten“, Brodener Straße 45 (an der Weidenstraße), wichtige Zusammenkunft aller Funktionäre und Betriebsbevollmächtigten einzelner Betriebe. Teilnahme an dem Verhandlungsergebnis mit dem UGB, Diskussion und Beschlußfassung. Die in den UGB-Betrieben tätigen Transportarbeitergruppen haben ihre Funktionäre und Betriebsbevollmächtigten zu beauftragen, an dieser Zusammenkunft teilzunehmen. Die Zulassung erfolgt nur unter Vorlegung des Verbandoausweises, der Quittenscheine über, wo die Funktionärliste fehlt, durch Bescheinigung des Betriebsrates. Ohne Ausweis kein Zutritt. Deutscher Verkehrsband, Sektion 5, Industriearbeiter.

Wichtig, Zimmerer! Verbandssamstag! Am 9. Oktober fanden zentrale Verhandlungen in Hannover statt. Es ist eine Vereinbarung über die Rechte und Pflichten der Betriebsvereiter zustande gekommen, welche bereits am 20. Oktober in Kraft getreten ist. Es ist daher unbedingt notwendig, daß alle Verbandsmittelglieder am Sonntabend, den 25. Oktober, in den Bezirksstellen erscheinen und sich die Nr. 43 des „Zimmerer“ abholen und denselben für später aufheben, da Nachlieferungen nicht stattfinden.

Wichtig, Unabhangsgehilfen! Für die Monate Oktober, November, Dezember und Januar ist ein neues Arbeitsabkommen geistigt worden. Der Tarifvertrag ist im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10, erhältlich.

Verantwortlich für Vorkauf: Ernst Reuter; Schriftföhr: Kurt Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Ar. Gatern; Revisionen: Dr. John Schilowski; Rechts- und Conflicte: Rich. Karst; Anwalte: Dr. Glode; Schriftföhr in Berlin: Berlin: Bornhörs-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. O., Lindenstraße 2, S. 1/2/3/4/5/6/7/8/9/10/11/12/13/14/15/16/17/18/19/20/21/22/23/24/25/26/27/28/29/30/31/32/33/34/35/36/37/38/39/40/41/42/43/44/45/46/47/48/49/50/51/52/53/54/55/56/57/58/59/60/61/62/63/64/65/66/67/68/69/70/71/72/73/74/75/76/77/78/79/80/81/82/83/84/85/86/87/88/89/90/91/92/93/94/95/96/97/98/99/100.



Kleider-Vertrieb G. m. b. H.

Kommandantenstr. 80-81, Warschauer Str. 33, Frankfurter Allee 82, Neukölln, Berliner Str. 47-48 Eingang Boddenstr. Müllerstr. 181

Geschäftszeit 9 bis 7 Uhr



Herren - Winter - Ulster

in reicher Auswahl und verschiedenen neuen Ausführungen

125.- 100.-
85.- 77.- 68.-
55.- 45.- 36.-

24.00

Damen-Uebergangsmantel gemustert	9.00
Damen-Winter-Mantel Flausch, mit Rosetten-garnitur	14.50
Damen-Winter-Mantel molliger Flauschstoff	20.00
Damen-Winter-Mantel schwerer, schwarzer Cheviot	22.50
Damen-Kleid blau Cheviot	9.50
Damen-Kleid woll. Gabardine, farbig	16.00
Damen-Westen reine Wolle	11.75

Herren - Sakko - Anzüge

in vielen modernen Stoffarten.

Vorzügliche Paßform.

125.- 85.- 70.-
60.- 48.- 35.-

29.50

Damen-, Herren-, Kinderstiefel

Reichhaltiges Lager, billigste Preise.

Erstmal billig

Herren - Winter - Joppen 3.95

mit Barchent - Futter

Wäsche, Trikotagen, Strümpfe, Stoffe jeder Art

in großer Auswahl, äußerst preiswert.

Spargroschenaufwertung / Kleinwohnungsbeschaffung
Beschlüsse der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadt Berlin schwimmt leider noch nicht im Geld, aber die Stadtverordnetenversammlung konnte gestern doch ein paar Beschlüsse fassen, durch die schon über einige voraussichtlich sich ergebende Ueberschüsse verfügt wird.

Der Vorsteher Genosse Haß eröffnete die gestrige Sitzung mit der Mitteilung, daß an Stelle des ausgeschiedenen Gen. Felber derassenbeamte Gen. Büchner in die Versammlung eingetroten ist.

Hierauf befahte sich die Versammlung außerhalb der Tagesordnung mit den erst gestern vom Haushaltsausschuß gefaßten Beschlüssen zu den Anträgen der Deutschnationalen betreffend Aufhebung der dritten Steuernotverordnung und Aufwertung der städtischen Anleihen und Sparkassenguthaben.

Ueberschuß von 13 Millionen Mark sind zu verwenden:

- 1. für die Aufwertung der Sparkassenguthaben vorläufig 5 Millionen; das einzelne Sparguthaben ist mit 10 Proz. aufzuwerten, wobei über 100 Rentenmark nicht hinauszugehen ist; die Aufwertung hat bei den Sparern zunächst im Alter von 65 Jahren und darüber zu beginnen, jedoch sollen ihnen folgen a) Sparere, die sich in ganz offeneren Reifezeit befinden, b) Sparguthaben, die für W. u. N. angelegt sind und zur Bestreitung dringender Ausgaben, wie Aufwendungen für Berufsausbildung, für Einfindung usw. benötigt werden;
2. für die Förderung des Wohnungsbauwesens 5 Millionen; diese Mittel sind als Spitzenbeiträge in Form hypothekarischer Beleihung zu möglichst niedrigem Zinssatz, evtl. auch ohne Zinsverpflichtung, für die Durchführung von Wohnungsbauvorhaben Minderbemittelter, Barackenbewohner usw. zu verwenden;

wenden; kinderreiche Familien, die auf der Dringlichkeitsliste eines Wohnungsamtes eingetragen sind, sollen vorweg berücksichtigt werden; die Verwendung der Mittel wird der Wohnungsfürsorgegesellschaft mit der Maßgabe übertragen, daß Kleinwohnungen im Hochbau zu bevorzugen sind;

3. für Vorbehaltsmittel 3 Millionen, von denen einmalig 200 000 M. zur Unterstützung nothleidender Berliner Künstler zur Verfügung zu stellen sind; die Summe soll teils zu wirtschaftlichen Beihilfen für nicht mehr arbeitsfähige Künstler, teils zur Erteilung von Aufträgen und zu Ankäufen dienen. Um eine sachgemäße Verwendung der Summe zu gewährleisten, soll der wirtschaftliche Verband Berliner Künstler zur Mitwirkung herangezogen werden;

4. alle weitergehenden Anträge sind abzulehnen.

Gen. Reuter gab als Ausschussreferent diese Beschlüsse bekannt und erläuterte sie. Der Ausschuß hat die umfangreiche Materie in drei Sitzungen beraten, daneben brauchte noch ein Unterausschuß zwei Sitzungen. Ueber die Voraussetzung einer etwaigen Stellungnahme zugunsten der Anträge, d. h. über die städtische Finanzlage, sei eine restlose Klärung nicht möglich gewesen; doch habe auch der Ausschuß geglaubt, die Verwendung eines Ueberschusses bis zur Höhe von 13 Millionen verantworten zu können.

An das Referat schloß sich eine umfangreiche Aussprache. Dr. Steiniger (Dnat.) sprach seine Freude darüber aus, daß der Ausschuß und der Rämmerer grundsätzlich für die Aufwertung gewonnen sind. Im übrigen blieb er bei seinem ursprünglichen Antrag stehen.

Rämmerer Dr. Rading führte aus, daß auch der Magistrat sich für bereit hält, mit einem gewissen Ueberschuß zu rechnen; es könne aber auch anders kommen, denn das Rechnungsjahr sei erst halb vorbei, und es sei nicht üblich, Ueberschüsse zu verteilen, ehe man sie habe. Die Wintermonate seien schwerer als die Sommermonate; allein für Wohlfahrtsausgaben seien für den Rest des Jahres noch 5 bis 6 Millionen mehr erforderlich, auch habe man im nächsten Jahr keinen Ueberschuß mehr an der Umsatzsteuer, und es stehe ein neuer Finanzgleichstand bevor, bei dem die Gemeinden mit Zählern und Klauen ihren Besitzstand verteidigen müssen. Der Magistrat wolle auch durchaus, daß etwas geschehe; über die Grenze von 13 Millionen dürfe nicht hinausgegangen werden. Er sei auch für die Berücksichtigung des Anspruchs der hochbetagten Sparere, die vielleicht das Aufwertungsjahr 1933 nicht erleben werden. Aber darüber hinausgehen oder gar gemäß dem Antrag Steiniger eine beschränkte Wiederaufnahme des Sparkassenzinsendienstes eintreten zu lassen, hält der Magistrat für ganz unzustandbar und, da dazu neue Steuern nötig wären, für unverantwortlich. Eine nur vorübergehende Maßnahme derart würde aber auch den Gläubigern nichts nützen.

Lang (Z.) bekämpfte den Antrag der Deutschnationalen. Noch auf Jahre hinaus würden wir an der Inflation zu knabbern haben; komme aber einmal die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung, so müßten bei der Aufwertung die Kriegsanleihen weit aus dem Vordergrund stehen. Daß für die Neubautätigkeit gar nichts geschehen solle, bedauerte der Zentrumsredner außerordentlich. Stoll (Komm.) erging sich in wüsten Angriffen gegen die „Blodbrüder“ der Bürgerlichen, die Sozialdemokraten, die jetzt Tag und Nacht auf die kommunistischen Reichstagsmitglieder, die jetzt nicht mehr die Immunität beläßen, Jagd machten. Auf einen Zwischenruf unserer Genossen: „Georgien! wo handelt dort eure Leute?“ bekam er es fertig, zu antworten: „Das Volk hätte längst toteschlagen werden müssen!“ Erregte und entrüstete Zurufe aus unseren Reihen waren die Erwiderung. Dr. Michalis (Dem.) gab den Ausschussvorsitzenden die Zustimmung, während v. Eyner (Dsp.) davon ausging, daß den Sparkassengläubigern durchaus der Borrang gebühre, und ihnen deshalb 10 Millionen statt 5 Millionen bewilligen wollte; für den Wohnungsbau hielt er nur 2 Millionen statt 5,

für das Extraordinarium 1 statt 3 Millionen für ausreichend. Eine Spekulationsaufwertung, wie sie aus dem Antrage der Deutschnationalen herausgehoben werden könne, lehnte die Deutsche Volkspartei ab. — Müller-Franken (Dsp.) beantragte, die fünf für den Wohnungsbau herzugebenden Millionen zur Erleichterung der Gewerbetreibenden in der Gewerbesteuer zu verwenden.

Nachdem der Rämmerer noch die Zustimmung des Magistrats zu dem weiteren Ausschussbeschuß, den bereits bewilligten Kredit von 2,1 Millionen für die Radishalle zu annullieren und den Magistrat zu ersuchen, diese Summe durch Anleihe aufzubringen, in Aussicht gestellt hatte, setzte sich Gen. Reuter mit den Anträgen der Deutschnationalen noch ausführlicher auseinander. Diese Anträge wollen die Aufnahme einer 3prozentigen Verzinsung für die Sparkassenguthaben ab 1. Juli 1924, ferner die Wiederaufnahme der vollen Verzinsung der städtischen Anleihe, soweit sie auf städtischen Unternehmungen ruhen; daneben soll die dritte Steuernotverordnung aufgehoben werden. Gen. Reuter wies nach, daß, wollte man dem Verlangen bezüglich der städtischen Anleihe nachkommen, auf absehbare Zeit hinaus eine

Herabsetzung der Werttarife zur Unmöglichkeit

gemacht werden würde. Wie einer spekultativen Ausbeutung vorbeugt werden solle und könne, sei im Ausschusse mit keiner Silbe angedeutet worden. Als die Inflation ihre verderbenden Wirkungen übte, hatten die Deutschnationalen zur Sanierung der Reichsfinanzen seinen Finger gerührt, vielmehr hätten sie diese Sanierung systematisch sabotiert. Die Forderung der Verzinsung der 700 Millionen zu 3 Proz. ab 1. Juli 1924 sei eine unethische, demagogische, wahlagitatorische Politik. Man nehme wenigstens die Ausschussvorschlüsse als eine Abblödszählung an!

In der Abstimmung drangen die Ausschussvorschlüsse auf der ganzen Linie durch. Der Antrag v. Eyner, für die Sparkassenguthaben 10 statt 5 Millionen zur Verfügung zu stellen, fiel mit 115 gegen 51 Stimmen; der Antrag der Wirtschaftspartei wurde mit 103 gegen 59 Stimmen abgelehnt. Die Anträge der Deutschnationalen und der Kommunisten blieben gleichfalls in der Minderheit.

Zwischendurch hatte um 7 Uhr die Versammlung die Abstimmung über die zu den Berliner Verkehrsverhältnissen und zu den Straßenbahnunfällen vorliegenden Anträge vorgenommen. Mit 92 gegen 91 Stimmen gelangte der Antrag der Kommunisten zur Annahme, der den Magistrat zur sofortigen Befreiung der hervorgetretenen Notstände zum Ausbau des Verkehrsnetzes, zur Sicherstellung eines geordneten Verkehrs, zur Sicherung der achtstündigen Arbeitszeit und eines ausreichenden Lohnes für das Personal auffordert. Auch der Antrag der Deutschnationalen wurde in seinem ersten Teil (Abstellung der Notstände) angenommen, ebenso der Antrag der Demokraten wegen Beschleunigung und Vereinfachung der Straßenreparaturen.

Republikanischer Tag in Potsdam.

Am kommenden Sonntag findet aus Anlaß der Bannerweihe der Ortsgruppe Potsdam des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold der erste Republikanische Tag in Potsdam statt. Die Beteiligung an diesem Republikanischen Tag wird sowohl von Seiten des Reichsbanners als — man rechnet mit einem Aufmarsch von 12000 Reichsbannerkameraden — als auch von Seiten der republikanischen Bevölkerung Berlins und Potsdams außerordentlich stark werden. In sehr entgegenkommender Weise hat die Reichsbahn sich zur Einlegung von Sonderzügen von und nach Potsdam in den Hauptverkehrsstunden bereit erklärt. Die genauen Zeiten für den Verkehr der Sonderzüge werden noch bekannt gegeben. Das Programm der Veranstaltung ist folgendes:

Die Veranstaltung findet auf dem Bessingplatz statt. Bis um 12 Uhr ist das Reichsbanner dort aufmarschiert. Nach dem Einmarsch der Fahnen werden Ministerpräsident a. D. Stelling und Professor Bergsträßer sprechen. Nach Gesang des Deutschlandliedes beginnt das Antreten zum Umarmen durch die Stadt. Am Brandenburger Tor löst sich dann der Zug auf und die einzelnen Teile ziehen dann in ihre Festloale.

Der Republikanische Tag in Potsdam hat durch den jetzt begonnenen Wahlkampf eine noch größere Bedeutung bekommen, da er sichtbar zum Ausdruck bringen wird, wie weit und wie stark das Gemeinschaftsgefühl unter den republikanischen Parteien ist.

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

Einen Augenblick sah er noch auf sie nieder, im Innern durch ihre schnelle Abwehrbewegung ebenso verletzt wie durch ihre Worte und dennoch voll zärtlicher Liebe zu ihr. So stand er schweigend, als es klopfte, und die Pflegerin mit Joyces Mutter, Lady Ottery, hereintrat. Die Mutter eilte auf das Bett zu und umarmte ihre Tochter.

„Mein armes Herzenskind!“
„O Mutter, mein armes Kindchen!“ fragte Joyce. Es war das erstemal, daß sie in Bertrams Beisein das Kind erwähnte, und es ging ihm durch und durch. „Wäre ich nur bei dir gewesen!“ sagte ihre Mutter, und auch Bertram tat es herzlich leid, daß Joyce es damals nicht erlaubt hatte, aber all seine Ueberredungskunst war umsonst gewesen.

„Mama ist zu herrschsüchtig am Krankenbett,“ hatte sie gesagt. Außerdem wäre es zu viel von ihr verlangt, jetzt nach dem Kriege, wo Rudy und Heinz beide gefallen sind. „Wenn mir auch noch etwas zustößt, so stirbt sie mit.“ So war Joyce. Wenn sie leiden sollte, so litt sie eben allein, ohne andere mit hineinzuzerren. Aber Bertram war nicht so überzeugt davon, daß Lady Ottery mitgestorben wäre, wenn Joyce etwas zugestoßen wäre. Er glaubte nicht daran. Er war ja dabei gewesen, als die Nachricht von Heinz's Tode eintraf. Das war ein Jahr, nachdem Rudolf gefallen war. Ottery hatte das Telegramm seiner Frau wortlos übergeben. Ihn hatte es hart getroffen, er atmete schwer, rief an seinem rötlichen Bart und starrte mit tränenden Augen auf einen Baum in der Ferne. Ein Julnachmittag war's gewesen. Sie standen alle im Garten von Holme Ottery und sahen dem Tennisplatz der Mädchen zu. Bertram war gerade dazu gekommen, um sich einen Trunk zu holen. Er erinnerte sich an den Ausbruch auf Lady Otterys Gesicht, diesem mageren, spizen, gebietenden Gesicht. Nur einen kurzen Augenblick zitterten ihre Lippen und Augenlider. Gleich darauf aber lächelte sie ihrem Gatten zu, ein sonderbares, stolzes Lächeln war es. „Für England!“ Dann ging sie auf ihn zu, ergriff seine Hand und sagte: „Der arme Heinz hat seine Pflicht getan. Rudy wird sich freuen, ihn wiederzusehen!“ Bertram hatte ihren Mut, ihre Härte, ihre Liebe für England bewundert, die so groß war, daß sie bereitwillig alle ihre Söhne zu seinem Schutze hergab. Er erinnerte sich auch

an den Jörn, als er Christy Lady Otterys Standpunkt und opfermütigen Patriotismus verdammen hörte. „Das ist höllisch!“ hatte Christy gesagt. „Der Krieg wird nie aufhören, solange solch Frauen es für ihre edelste Pflicht halten, ihre Söhne für die Schlachtbank aufzuziehen, solange sie den Tod ihrer geliebten Kinder bejubeln, sei es für die englische oder die deutsche Sache. Das heißt ja, die allergeheiligste Dummheit im menschlichen Leben zur Religion erheben. Das heißt, die Tradition des Krieges, ob für eine gerechte oder ungerechte Sache, als höchsten Prüfstein für die Tugend einer adligen Kaste hochzuhalten, und alle seine Blutopfer als notwendige, unvermeidliche und heilige Pflicht zu erklären. Wie sollen wir je den Frieden in der Welt erhalten, wenn solcher Geist in den Frauen lebt?“

In dieser Weise hatte er weiter gesprochen, bis Bertram ihn rauh unterbrochen hatte: „Halt doch den Mund, um Gotteswillen!“

Mutter und Tochter! Wie unendlich verschieden und doch wie ähnlich. Lady Ottery in ihrer Furcht gebietenden Würde, einfach, fast nachlässig angezogen. Joyce mit kurzgeschneittenem Haar, erregt die Bettdecke abwerfend, nach einer Zigarette greifend und „Verdamm!“ rufend, da das Streichholz herunterfiel. Sie lächelte, als die Mutter einen zu verräterischen Knopf schließen wollte und kündigte ihre Absicht an, für ihren „besten Freund“ einen Tee zu geben. Sie kümmerte sich nicht darum, daß ihre altmodische Mutter sich entsetzte. Und doch, mußte Bertram denken, war sie aus demselben harten Stahl unter ihrer weichen Oberfläche und von derselben Familientradition beherrscht.

Lady Ottery wandte ihre Aufmerksamkeit einem Augenblick dem zuerst ignorierten Bertram zu. Sie mochte ihn nicht, wie er genau wußte, die Heirat ihrer Tochter mit dem armen jungen Offizier hatte sie enttäuscht und seine politischen Ansichten schienen ihr nach ein paar hitzigen Gesprächen sehr verdächtig. Heute nachmittag aber bemerkte sie huldvoll, er sähe so sorgenvoll aus. Joyce meinte, daß er sich stets Sorgen machte. Wahrscheinlich litt er an einem komplizierten Seelenübel, das sie nicht ergründen konnte, hatte vielleicht ein schlechtes Gewissen oder sehnte sich nach einem höheren Leben. „Zuviel Krankenstubeulust!“ entschied Lady Ottery. „Für die Männer ist es immer am schlimmsten.“ Sie erwähnte einen Vortrag, den sie in London halten wollte, „Die Religion der Revolution“, und verließ sich fest darauf, daß Bertram ihn anhören würde. Das würde seine

Sorgen sicherlich erleichtern. Bertram nahm die gebotene Karte dankend entgegen, innerlich amüsiert bei dem Gedanken, daß irgendein Auspruch seiner Schwiegermutter seine Sorgen zerstreuen konnte.

„Ach glaube, ich leide am Frieden,“ sagte er lächelnd, als Lady Ottery ihn durch ihre Vorgnette betrachtete und erklärte, er sähe so „verbrummt“ aus.

„London ist imstande, auch eine lachende Hyäne trübe zu stimmen. Aber ich will noch ausgehen und Euch beide allein lassen. Joyce hat Dir gewiß viel zu erzählen.“ Aber Joyce hatte gar nichts zu erzählen. Im Gegenteil, sie wollte die neuesten Nachrichten über gesellschaftliche und politische Zustände von ihrer Mutter hören. Hatte Evelyn die Scheidung schon durchgesetzt? Machte der Premierminister noch immer Kotau vor der Arbeiterpartei?

6.

London hatte zu dieser Zeit einen niederdrückenden Einfluß auf Bertram und erfüllte ihn mit einer so trüben Stimmung, daß er begann, diese Stadt zu hassen, die er in früheren Zeiten mit romantischer Liebe geliebt hatte, als einen Ort endloser Abenteuer, wo sich das Drama des Lebens in ungeahnter Fülle abspielte.

Wie erwartungsvoll war er während seines ersten Jahres in Oxford zum „Bummeln“ nach London geeilt, zu den wilden Nächten in Musichalls und Piccadilly Circus, wo er sich mit den anderen Studenten traf, und zu den lärmend lustigen Soupers in den Restaurants von Soho. Ein zweites Jahr in Oxford gab es dann nicht mehr für ihn, denn der Krieg kam und war's alles um, aber selbst als er Offizier beim Maschinengewehr war, zog London noch mächtig an seinem Herzen und ließ ihn den so seltenen Wochenendurlaub mit glühender Sehnsucht erwarten. „Leb wohl, Piccadilly, leb wohl, Leicester Square!“ Diese dummen alten Worte, so oft von der Menge gebrüllt, die zum ersten Male in Kaki-Uniformen in den Schlamm und das Feuer Flanterns ging (die Urlauber sangen nicht mehr so lustig, oder nur, wenn sie betrunnen waren), weckten die alte Liebe für London immer aufs neue. Er summte den Refrain, wenn er nachts im Schläfengraben lag, ein paar hundert Meter von der feindlichen Linie entfernt — es war in Reality an der Somme — und Christy, der neben ihm lag, zog ihn auf, weil er das Wort „London“ mehr als einmal im Schlafe murmelte. (Fortsetzung folgt.)

Republik oder Monarchie? / Volk entscheide!

Abrechnung im Landtag.

Im Landtag ergab gestern, wie wir schon kurz meldeten, die Abstimmung über den Antrag der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums zum vierten Male die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es mußte eine neue Sitzung mit der Tagesordnung „Dritte Beratung des Haushaltsplanes“ angefragt werden, bei der zur Beschleunigung der Arbeiten die Redezeit auf eine halbe Stunde beschränkt wurde. Als erster Redner ergriff das Wort

Abg. Heilmann (Soz.):

Der erste Landtag der Republik Preußen steht am Ende seiner Arbeiten. Der preußische Politik wegen wäre die Auflösung des Landtages noch nicht notwendig gewesen. In Preußen bestand keine politische Krise. Die Auflösung kam nur, weil die Krise im Reich wiederum zur Reichstagsauflösung geführt hat. Die letzten Reichstagswahlen brachten einen arbeitsunfähigen Reichstag. Der geplante Eintritt der Deutschnationalen ins Reichskabinett kam zunächst nicht zustande, weil die Deutschnationalen die Dames-Gesetze ablehnten. Am 29. August kam dann der berühmte große Umfall: die Deutschnationalen lehnten sämtliche Dames-Gesetze in allen drei Lesungen ab, nur bei der entscheidenden Schlußabstimmung über das Eisenbahngesetz stimmten 49 Deutschnationale mit Ja, 50 mit Nein. Die Art der deutschnationalen Abstimmung zeigte, daß es sich bei ihnen um ein taktisches Manöver handelte, um die Reichstagsauflösung zu vermeiden und den Eintritt in die Regierung herbeizuführen. Die Deutschnationalen boten sich für die Abkommandierung von 4 Duzend Stimmen vier Ministerplätze versprechen lassen. Ein so schamloses Verhalten der eigenen Ueberzeugung, ein so schmachvoller Stimmentausch ist in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus bis dahin unerhört gewesen. (Beifallige Zustimmung links, Unruhe rechts.)

Die Deutschnationalen hatten im vorhergehenden Wahlkampf die Dames-Gesetze als zweites und schlimmeres Versailles gekennzeichnet. Sie wollten damit sagen, daß sie das Zustandekommen der Dames-Gesetze ermöglichen würden, wie sie das Zustandekommen des Versailler Friedens ermöglichen helfen. Damals in Weimar, als das Kabinett Scheidemann zurückgetreten war, weil es den Nordfrieden nicht unterzeichnen wollte, haben die Deutschnationalen feierlich erklärt, niemals zu bezweifeln, daß diese Annahme nur unter dem äußersten Zwang und aus lauterstem Patriotismus erfolgte. Die Deutschnationalen haben ihre Erklärung dahin gehalten, daß sie Matthias Erzberger in den Tod heilten. Genau so wenig wie in Weimar haben die Deutschnationalen jetzt daran gedacht, ihre Agitationsmethode und ihre Handlungsweise zu ändern. Herr Hergt erklärte im oberbayerischen Wahlkampf, es liege bei den Deutschnationalen keine Veränderung des Urteils oder der Gesinnung vor, es handele sich lediglich um ein taktisches Manöver. Zu gleicher Zeit erklärte Herr Schlange-Schönungen auf der Tagung der Bismarck-Jugend in Braunschweig:

Kaiserkrone und Schwarz-Weiß-Rot

Wären das unabhänderliche Programm der Deutschnationalen. Der Eintritt in die Reichsregierung sei für die Deutschnationalen nur die erste Etappe, das andere werde sich dann schon entwickeln, bis zu dem Tag, wo unter den schwarzweißroten Kriegsfahnen das Heer mit dem Koffer an der Spitze die verlorenen Brüder heimführen werde. Das ist die Gesinnung der Deutschnationalen: sie denken an Repanache und unterschreiben die Richtlinien der Politik des Reichszanklers, deren grundlegende Punkte waren: Schutz der Republik, Fortsetzung der Friedens- und Verständigungspolitik, Eintritt in den Bitterbund. Es wurde nie ein erbärmlicheres Spiel der Heuchelei und des Volksbetruges betrieben. Aber die Deutschnationalen haben ja ihren Lohn schon dahin, die deutsche nationale Partei ist heute ein Chaos — das sagen die Redaktionsblätter, wie z. B. die „Deutsche Zeitung“. Ist Herr Hergt eigentlich noch der Führer der Deutschnationalen? Ist er schon den Weg gegangen, den Herr Baeder, der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, gegangen ist, den Weg, der Herrn Hoehsch aus der „Kreuzzeitung“ herausgeführt hat?

Im jetzigen Wahlausruf hat sich die jetzige deutschnationale Reichstagsfraktion abermals als politisch und monarchistisch und als Kämpferin gegen die Erfüllungspolitik erklärt. Und mit dieser Partei wollte das Zentrum zusammengehen, das sich hier als den ersten Träger des Erfüllungsgedankens gerühmt und den ersten Strang dafür in Anspruch genommen hat!

Was lassen sich die bürgerlichen Mittelparteien eigentlich alles bieten?

Kamme nicht der „Lokal-Anzeiger“ den Reichstzankler Marx eine „höchst merkwürdig duftende Blüte am Baum des deutschen Parlamentarismus“, schrieb nicht Herr Boeder in der „Deutschen Tageszeitung“, das Verhalten des Reichstzanklers Marx sei unloyal und unwürdig? Schrieben nicht Blätter wie der „Lokal-Anzeiger“ und die „Deutsche Tageszeitung“, der Riß zwischen national und international, zwischen deutsch und deutschfeindlich müsse mit mitten durch das Zentrum hindurchgehen? Auf das alles hat das Zentrum als Antwort nur die — Fortführung der Verhandlungen gehabt. (Hört, hört.)

Die Demokraten hat man geschmäht und beschimpft, weil sie den erbärmlichen Volksbetrug aufgedeckt haben, weil sie gegen die Lüge waren, daß die Deutschnationalen zur bisherigen Außenpolitik und zur Republik ständen. Das ganze Manöver zur Verbeugung der Deutschnationalen in die Reichsregierung ist ein fortlaufendes Gemebe von Verstellung und Heuchelei gewesen. (Sehr richtig bei den Soz.)

Der Reichstag ist aufgelöst, der Wahlkampf entbrannt.

Worum wird der Wahlkampf geführt?

Bestern haben die Franzosen die ersten Teile des widerrechtlich besetzten deutschen Gebietes geräumt. Die Sozialdemokratie begrüßt die vom Joch des fremden Militarismus befreiten Gebiete. (Bravo links.) Wir begrüßen die Rückkehr der Verurteilten und Ausgewiesenen, das Fallen der Zollgrenze, die Freigabe der Pfänder. Das alles ist die Frucht der Erfüllungspolitik. (Sehr richtig links.) Diese Politik muß fortgesetzt werden. Fortgesetzt von denen, die sie bisher getragen haben. (Beifallige Zustimmung links, erregte Zurufe rechts.) Aber das alles ist nur ein erster Anfang. Erreicht werden kann die ganze Befreiung nur durch eine demokratisch-republikanische Reichs-

regierung, die Deutschland ohne lange Flüssen in den Bitterbund hineinführt. Die Sirefemannschen halben Versprechungen und lahmten Dementis sind keine Außenpolitik. Deutschland muß wählen zwischen Erfüllungsgedank und Repanache, zwischen Friedensgeist und Kriegsgedank. Das deutsche Volk muß sich entscheiden.

Die Republik ist der Friede.

Republikanisch oder monarchisch — eine Zwischenlösung gibt es nicht.

Die Deutschnationalen wollen nicht nur die Zerstörung der Republik, sie wollen den alten Obrigkeitssaat mit Dreiklassenwahlrecht und Herrenhaus. (Widerpruch rechts.) Sie protestieren? In der „Kreuz-Zeitung“ vom 9. Oktober 1924 stand folgender Satz: „Am allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht muß das Deutsche Reich zugrunde gehen.“ (Hört, hört, links.)

Ausgezappelt!



„Aber ew. Erzellenz, kommen ew. Erzellenz doch wieder zu ew. Erzellenz!“

Der Kampf für die Republik muß geführt werden unter der Fahne der Republik, die im Wahlausruf der Deutschnationalen geschmäht wird. Die Fahne Schwarz-Rot-Gold wurde jüngst hier von dem deutschnationalen Abgeordneten Herrn v. Egnern recht freudlich besprochen. Er erinnerte daran, daß es die alte Fahne des deutschen Idealismus und der Burschenschaften sei. Dürfen wir daran erinnern, daß am 16. November 1918 der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion im Reichstag, Herr Wulle, geschrieben hat: „Helfen kann uns nur die bestreute schwarzrotgoldene Tat zur Einheit, Ordnung und Freiheit.“ (Hört, hört, links.) Die Wahlen am 7. Dezember werden schwarzrotgoldene Wahlen, Reichsbannerwahlen sein. (Beifall.) Wir werden aber am 7. Dezember zugleich mit der Republik den Parlamentarismus verteidigen

müssen. Heuchlerisch und zweideutig wie alles bei den Deutschnationalen ist auch ihre Haltung gegenüber dem Parlamentarismus. Der jüngste Wahlausruf der deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärt den Parlamentarismus für endgültig bankrott. Aber im Parteiprogramm der Deutschnationalen lautet Punkt 2: „Wir fordern die Abkehr von der Diktatur und die Rückkehr zu der allein möglichen parlamentarischen Regierung.“ (Heiterkeit links.) Gegenüber dieser Zweideutigkeit sind wir bereit, die Demokratie auf den Schanzen der Wahlfahne zu verteidigen und im Herzen des Volkes durch soziale Gerechtigkeit zu verankern.

Die soziale Gerechtigkeit kann nicht darin bestehen, daß die Lasten der Erfüllungspolitik und des Dames-Planes einseitig auf die Massen abgemälzt werden. Die breiten Massen fühlen, daß der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung Industriezölle, Agrarzölle, Brotwucher, Kartellpreiwucher und Ausbeutung jeglicher Art bedeutet. Wir wollen am 7. Dezember

das geplante großindustriell-agrarische Liebesgabengeschäft zerstören.

und den Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung verhindern. Besonders auch den Raubzug gegen die Mieter. Bei den letzten Verhandlungen des Hauses, die dem Wohlfahrtsauschuss galten, haben die Herren auf der Rechten wieder einmal das Ende der Mietzwangswirtschaft und den Sturz des Wohlfahrtsministeriums proklamiert. Die Herrschaften wollen die freie Miete, d. h. die fünffache Friedensmiete. Wir werden den Kampf gegen die Raffgier der Reichen führen wie gegen die Unersättlichkeit der Hohenzollern. Alles wollen die Hohenzollern heraushaben, alles ist Prozeßgegenstand. Die Hohenzollern haben es wirklich nicht verstanden, in Schönheit zu sterben.

Wir begrüßen es, daß der preussische Wahlkampf mit dem im Reich zusammenfällt. Preußen hat in seiner Politik dem Reich ein Beispiel gegeben, wie man selbst in den schwierigsten Zeiten ruhig und fest regieren kann. Diese Stetigkeit war zu einem guten Teil gerade deshalb möglich, weil in Preußen

auch ohne die Deutsche Volkspartei

eine Mehrheit vorhanden war. Wir wünschen, daß der neue Reichstag so zusammengesetzt ist, daß die Drohung der Deutschen Volkspartei, ihre Minister zurückzugeben, nicht gleich unter allen Umständen eine Regierungskrise und einen Regierungsturz herbeiführen muß. In 14 Monaten fünf Krisen, alles nur durch das Verlangen der Deutschen Volkspartei, um jeden Preis die Deutschnationalen in die Regierung zu bekommen; das ist wirklich etwas zu viel. Wir freuen uns, daß die Deutschnationalen im letzten Augenblick ihr Mißtrauensvotum gegen Seegering eingebracht haben. Und

das deshalb, weil wir ja gerade im Wahlkampf die preussische Regierung als Vorbild einer festen republikanischen Regierung hinstellen wollen.

Der Tag der letzten Reichstagswahl, der 4. Mai, war der letzte Sieg Poincarés. Es war die letzte Frucht der Inflation. Durch die Inflation ist dem deutschen Volk die ruhige Ueberlegung geraubt worden und so wurde es bei den letzten Wahlen am 4. Mai an den Rand des Abgrunds geführt. Es gilt, am 7. Dezember eine vernünftige Friedenspolitik und eine feste republikanische Politik zu sichern. Darum geht der Kampf. Und wir rufen bei Wählermassen im Lande zu: Deutsches Volk, rette Deutschland, rette dich selbst. (Stürmischer Beifall links, Fischen rechts.)

Der weitere Verlauf der Sitzung zeigte die Niederlage der Deutschnationalen in ihrer ganzen Größe. Sie haben durch ihr Verhalten bei der Abstimmung über die Dames-Gesetze und durch das Schachern um die Ministerposten jeden Kredit verloren. Abg. Dr. Schwering, der Vertreter des Zentrums, bezeichnete die Haltung der Deutschnationalen als Schnorrerei, bei der einem der Ekel antomme. Die verantwortungslose Politik der Rechten trage die Schuld am 9. November. Ihr Umfall sei in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus unerhört. Eine Partei, die den Klassenkampf organisiere, habe nicht das Recht, sich eine christliche zu nennen. Die Reichstagsauflösung sei zu begrüßen. Sie gebe dem Volk Gelegenheit, Klarheit zu schaffen.

Wie der Redner des Zentrums, so bekannte sich auch der Sprecher der Demokraten, Abg. Dr. Schreiber-Halle zur großen Koalition, die das bedeutendste deutsche Land vor politischen Krisen bewahrt habe. Die Koalition habe ihr Arbeitspensum noch nicht erledigt. An der Spitze stehe die Sicherung der republikanischen Staatsverfassung durch Befestigung aller leitenden Stellen mit unbedingt zuverlässigen Republikanern.

Fast sensationell wirkte die Rede des Vertreters der Volkspartei, Abg. Dr. v. Campe. Sie war ein uneingeschränktes Lob der großen Koalition, die die Erfolge in Oberschlesien, Hannover und im Westen gezeitigt habe. „Zu der von uns eingenommenen Haltung in Preußen bekennen wir uns nach wie vor.“ gestand der Redner, um am Schluß seiner Ausführungen unter dem Beifall seiner Fraktion noch einmal zu betonen: „Wir stehen unbedingt zu der Politik, die wir getrieben haben, mit ihr werden wir auch weiterkommen!“ Das ist eine klare Absage an den Bürgerblock. In Preußen ist also den Deutschnationalen das Bild davongelaufen, noch ehe sie zum Schuß gekommen sind, und man darf neugierig sein, was die Jäger ihren Treibern für eine Parole vorsehen werden, um sie dennoch zur Futtertrüppenjagd herauszulockern. Das ganze Unternehmen ist für sie eine nutzlose Zeitvergeudung.

Die Deutschnationalen und die Kommunisten — aber kein Wort davon! Herr v. d. Osten (Deutschnational) gab als Wahlsparole den Kampf „gegen den überwuchernden Geist des Großkapitalismus“ aus, das Stichwort des Herrn Meyer-Ostpreußen (Kommunist) lautet: „Nieder mit dem Bund der Räuber, nieder mit dem Völkerverbund!“ Die Kommunisten und Deutschnationalen gedenken also ihr Spiel „Wechselt die Bäume“ auch während der Wahlen fortzusetzen. Und das Vergnügen soll man ihnen lassen.

Die heutige Sitzung des Landtags beginnt um 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die namentliche Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum.

Der Klub der Harmlosen.

Die Ausfagen im O. C. - Prozeß.

B. S. Leipzig 23. Oktober. Der Angeklagte Henkel war bei der oberbayerischen Organisation und lernte dort den Angeklagten Freiherrn v. Zedlitz-Reutlich kennen. Er trat der O. C. bei. Vorf.: Sie erhielten einen Befehl in Geheimschrift, der besagte, daß die O. C. sich am oberbayerischen Kampf beteiligen werde. Sollten die Kämpfe sich ausweiten... Rechtsanwalt Dr. Saß (unterbrechend)

Ja, Herr Präsident, wir können doch, wenn diese Dinge geheimgehalten werden sollen, hier den Befehl nicht zu Ende vertlesen.

Rechtsanwalt: Wir können doch nicht darüber hinweg, daß die O. C. das Regiment „Süd“ aufstellen sollte. Vorf.: Er dem geheimen Befehl handelt es sich um die Mobilmachung der O. C. Es heißt hier, daß die Mitglieder sich bewaffnen an bestimmten Stellen zu sammeln haben. In Artikel 10 heißt es: „Der Name unserer Organisation ist streng geheim zu halten.“ Angekl.: Diesen Befehl habe ich erhalten. Vorf.: Ist es nicht zwischen dem Jungdeutschen Orden und der O. C. zu Differenzen gekommen? Angekl.: Henkel: Der Vorsitzende des Jungdeutschen Ordens drohte mir, daß er mich der Staatsanwaltschaft übergeben würde, wenn ich im „Jungbo“ für die O. C. werbe. Ich habe dem „Jungbo“ daraufhin Bericht an der nationalen Sache vorgeworfen und bin ausgeschieden. Vorf.: Sie haben einmal gesagt, daß Sie einen Rechtsputsch nicht verurteilt hätten, und Sie waren doch in der O. C. der Ansicht, daß die noch Ihrer Meinung antinationale Regierung bekämpft werden müsse. War es Ihnen nicht beifällig, für dieses Ziel im „Jungbo“ zu werben? Angekl.: Ich hatte mich um Politik nicht gekümmert. Auch über die Schungen der O. C. habe ich mir keine Kopfschmerzen gemacht. Die Verpfändungsformel zu unbedingtem Gehorsam legte ich mir in militärischem Sinn aus. Der Angekl. Alfred Krebs war in Leipzig als Werber für die O. C. tätig. Vorf.: Bei Ihnen ist ein Schriftstück von Klinger aufgefunden, in dem Sie aufgefordert werden, 3 Herren darüber ehrenwörtlich zu befragen, ob sie sich dem „Ost“ weiter zur Verfügung stellen wollten. Die Herren sollen oder vorherhalte gemacht haben. Angekl.:

Ich habe den Vorbehalt gemacht, daß die O. C. von mir nicht verlangt, was gegen mein Gewissen oder gegen die Regierung geht. Die Herren, die ich selbst verpflichtet habe, haben zum Teil auch auf der Rückseite des Scheines den Vermerk gemacht, daß sie bei etwaigen Putsch oder so nicht mitmachen würden.

Vorf.: Sagten Sie den Leuten nicht, daß es sich um Ehrhardt handele, daß man gegen die Verfassung und gegen deutsche Wesen ankämpfen wolle? Angekl.: Das weiß ich nicht mehr genau. Vorf.: Sie haben vor Ihrer Verhaftung Aktienstücke

Seite gebracht? Warum das? Angekl.: Ich wollte meiner Frau, die gerade der Niederkunft entgegenah, die Hausführung ersparen.

Der Angekl. Wegelin erklärt, er habe nur einen Sachungsentwurf der D. C. gesehen. Vorf.: Jetzt sagen Sie alle „Sachungsentwurf“. Früher nannten Sie das einfach „Sachungen“. Sie haben, als Ihre Verhaftung drohte, die Sachungen verbrannt. Warum denn? Angekl.: Ich wollte mich nicht belassen?

Rechtsanwalt P. Bloch (Berlin) stellte den Antrag, mehrere Personen zu vernehmen, die bezeugen sollen, daß die Sachungen tatsächlich als Entwurf gedacht waren. Rechtsanwalt Rietzhammer widerspricht. Es ist doch sicher, daß sich die D. C. nicht auf den ursprünglichen gedachten Zweck, nämlich die Bildung des Regiments „Eid“ beschränkt hat, sondern daß über alle Sachungen hinaus Ziele verfolgt worden sind, die sich gegen die Verfassung und den Staat richteten. Das Gericht stellte den Antrag Bloch vorläufig zurück.

Der folgende Angeklagte, Student Seffner, war als Berber für die D. C. tätig. Als ihm die Verhaftung drohte, hat er das gesamte in seinem Besitz befindliche Material vernichtet. Vorf.: Was stellten Sie sich unter dem Kampf gegen die antinationalen Regierung vor?

Angekl.: Das weiß ich nicht mehr so genau.

Dann wurde der Angeklagte Theodor Frisch, der Sohn des Herausgebers der antisemitischen Zeitschrift „Der Hammer“ vernommen. Er habe nie den Eindruck gehabt, daß die D. C. eine geheime Organisation gewesen sei.

Der folgende Angeklagte Anders war längere Zeit in Oberschlesien in den Kampfverbänden tätig. Er habe die Sachungen der D. C. gesehen und im wesentlichen gebilligt. Von vornherein habe er es jedoch abgelehnt, sich etwa an Aufständen zu beteiligen doch sei er von Krebs nach dieser Richtung hin beruhigt worden mit der Behauptung, daß unter der Führerschaft Ehrhards, der aus dem Rapp-Putsch gelernt habe, so etwas nicht zu befürchten sei.

Dann wurde Korvettenkapitän a. D. Abendroth vernommen, einer der maßgebendsten Männer in der D. C. Abendroth gehörte als Marineoffizier der Brigade 2 an. Er erklärte u. a.: Ich habe mich aus Kameradschaftsgründen selbstverständlich der D. C. zur Verfügung gestellt. Für mich und meine Arbeit bei der D. C. waren lediglich militärische Gründe maßgebend. Ich wollte nicht als Chappentrieber gelten sondern wollte in Oberschlesien an der Front mitkämpfen. Vorf.: Ist es Ihnen, als einem gereiften Manne, nicht leichtfertig erschienen, jungen, unreifen Burden Sachungen zugänglich zu machen, die Schlagworte enthalten wie „Kampf der antinationalen Regierung“ usw.? Angekl.: Damals habe ich nicht mit solcher Schärfe geprüft wie heute. Es kam mir und vielen

anderen Kameraden nur darauf an, die Leute aus der allgemeinen Reaktion dem Staate gegenüber herauszufischen (1) und sie zur politischen Arbeit für den Staat heranzuziehen. Vorf.: Ich bin durchaus überzeugt, daß Sie diese Ansicht hatten, aber war Ihnen denn der Feme-Paragraf nicht bedingfügig? Man konnte aus ihm sehr wohl das Wort „Mord“ herauslesen. Angekl.: Mir persönlich hat eine solche Deutung vollkommen ferngelegen. Rechtsanwalt Rietzhammer: War Ihnen, als Sie sich der D. C. widmeten, bekannt, daß die Zeitung außer der Ihnen übertragenen Aufgabe in Oberschlesien auch noch andere Aufgaben verfolgte? Angekl.: Ich hörte davon, aber ich legte all dem kein Gewicht bei. Rechtsanwalt Rietzhammer: Ich muß Ihnen aber vorhalten, daß Sie Oberbezirksleiter für Sachen gemeint sind. Da müssen Sie doch selbstverständlich über alle Ziele der Vereinigung genau im Bilde gewesen sein wenn Sie alle Häupter in der Hand halten und Ihrer Aufgabe als Führer gerecht werden sollten. Rechtsanwalt Dr. Sack: Wir wollen doch ganz ehrlich aussprechen, daß die Tätigkeit des Angekl. Abendroth in Sachen keine andere gewesen ist als die,

ein Rekrutendepot aufzustellen.

Hierauf trat eine größere Pause ein.

(Fortsetzung des Berichts auf der 3. Seite des Hauptblatts.)

Kaufen Sie nur bei uns

Ihren **Anzug** oder **Wintermantel**

auch auf **Teilzahlung!**

Reichliche Auswahl! **Jede Preislage!**

Niedrige Kassenpreise! **Bequeme Ratenzahlung!**

Anzüge beste Verarbeitung, guter Stoff, von . . . M. **28⁰⁰**

Ulsier u. Paletots prima Stoff und Verarbeitung von . . . M. **48⁰⁰**

Bei Abzahlung nur geringer Preiszuschlag von 15%.

Sofortige Mitnahme bei ausreichenden Ausweisen

Großes Lager in Bernsteinkleidung

Handstranzüge, Monteuranzüge, Arbeitskleidung, Wäsche, Strümpfe usw.

Textilstelle

des Reichsverbandes der Arbeitsgenossenschaften E. V. Berlin

Chausseestr. 76 (Nähe Bahnh. Wedding)

Schönhauser Allee 47 (Hochb. Danz. Str.)

Neukölln, Kaiser-Friedr.-Str. 230/31

Litauer Str. 13 (Ecke Romintener Straße)

Frankfurter Allee 190 (Nähe Bahnh. Lichtenberg-Frd.)

Kolonialstraße 140 (Nähe Badstraße)

Kottbuser Damm 69

Ich verschenke
meine Kunden bis Ende Dezember
Speise- und Schlafzimmer, Küchen usw.

Diese Gegenstände sind bei der Firma **FECHNER & FREIDEL, Möbelfabrik, Neue Schönhauser Straße 2, ausgestellt**. Ferner 50 Preise à 10,- Mark bar. Keine Einzahlung irgend eines Betrages erforderlich. Keine Preisaufschlag. Bedingungen unveränderlich im Laden.

Trauringe
1 Ring 900 gest. 7 Gr. schwer M. 29.80
1 Ring 585 gestemp. von . . . M. 4.00 an
1 Ring 333 gestemp. von . . . M. 2.50 an

H. Wiese, Juwelier
Berlin N., Artilleriestr. 30
Berlin W., Passauer Str. 12

Beim Umtausch werden die bei mir gekauften Ringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preis zurückgenommen.

Preisliste gratis

Anzüge
nach **Kontrollmaß**
Ebenso gut, aber billiger als nach Maß.

Von **95,-** an.
Große Stoff-Auswahl
Zahlungs-Erleichterung.

Telephon: **3570**
Königsstadt

Große Frankfurter Strasse **37 11**

Julius Fabian.

Ischias
ärztlich empfohlen.

Referenzen: **126, 1-11, 1-4, 1008, 16-17, 1001.**

Nagelpflege-Garnituren **Kopp & Joseph**
BERLIN W
In vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122

Unserem lieben langjährigen Parteigenossen
Gustav Wreden
nebst seiner lieben Gattin Agnes die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer goldenen Hochzeit.

Die Genossinnen und Genossen der 31. Abteilung

Oefen
Eiserne Oefen
Kacheloefen
Kochherde
R. Zechlin
BERLIN C.
Alexanderpl. 49

Auf Kredit!
Kleinste An- und Abzahlung
zu denkbar günstigsten Bedingungen, ganz nach Wunsch des Käufers.

Teppiche, Gardinen, Stores, Bett-, Tisch-, Diwan-ecken, Vorleger, Federbetten u. Klassen
äußerst preiswert!

Möbel-Cohn
im Osten:
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Minuten vom Alexanderplatz

im Norden:
Badstraße 47-48
5 Min. vom Bahnhof Graudenz

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
Maalbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, Stahlmattens, an Private Bequeme Bedinanzungen Katalog 30A frei

Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Streu-rippenden (reißt Wenig)
HIERZU BEZIEHEN: **Paul Golletz.**
vormals Joh. Henr. Mariannenstr. 3, 1000 Stettin, 10000

Inhoffers
Kaffee
Tee
Von erlesener Güte

Statt Karten.
Wie die vielen Beweise herrlicher Teilnahme und anstrengender Kräfte beim Hinschauen unseres lieben Sohnes und Bruders Wladimir legen wir allen Freunden und Bekannten unsere herzlichsten Dank- und Gedenkworte mit Herrn Portier W. B. für seine treue Hilfe.

Wilhelm Schmidt
und Frau.
Ella Schmidt.
Berlin, 21. Oktober 1924.
Prenzlauer Allee 40.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73a
empfehlen in bekannt solider Arbeit

Schlaf-, Speise-, Herrczimmer, Einzel-, Polster- und Nußbaum-Möbel jeder Art.
Küchen farbige und naturfarbig.

Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung

Beachtung ohne Kaufzwang erbeten.
Geschäftszeit von 8 bis 7 Uhr.

Dezimalwagen

Feldwag., Gewichte, 1000g, 500g, 250g, 100g, 50g, 20g, 10g, 5g, 2g, 1g, 0.5g, 0.2g, 0.1g, 0.05g, 0.02g, 0.01g

Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
10000 Berlin

Wollen Sie 100 Mark monatlich mehr verdienen?

Prof. G. Langenscheidt

Sehen Sie sich einmal die Stellenangebote in Tages- und Fachzeitungen aufmerksam durch. Sie werden feststellen, daß in allen Berufen Leute mit Sprachkenntnissen gesucht werden. Und stets werden Sie finden, daß für diese Posten hohe Gehälter ausgesetzt sind. Gehälter, die um 50, 100 und noch mehr Mark höher sind, als für Stellen, die keine Sprachkenntnisse erfordern.

Auch Sie können solche gut bezahlte Stellung erlangen. Sie brauchen nur eine fremde Sprache zu erlernen. Das haben viele Tausende — Leute in allen Lebensaltern, aus allen Berufen — vor Ihnen getan. Und was diese Leute erreicht haben, können auch Sie schaffen.

Sie müssen allerdings die Sprache so lernen, daß Sie sie nicht nur lesen und mit Hilfe eines Wörterbuches notdürftig übersetzen können. Sie müssen so viel von der Sprache lernen, daß Sie ohne Hilfe auch einen guten Fremdsprachlichen Brief schreiben können.

Dieses Ziel erreichen Sie nicht durch jeden beliebigen Unterricht, sondern auf Grund des Selbstunterrichtes nur durch unsere in Jahrzehnten bewährte **Sprachlehr-Methode Toussaint-Langenscheidt**

Unsere Methode Toussaint-Langenscheidt lehrt die fremde Sprache so weit, daß Sie sie wie Ihre Muttersprache beherrschen. Sie brauchen weder Vorkenntnisse noch höhere Schulbildung mitbringen. Der Unterricht ist überaus leicht verständlich, interessant und niemals ermüdend. Er ist, wie unsere Schüler schreiben, eine interessante Unterhaltung. Dazu hat er den Vorzug größter Billigkeit. Monatlich nur zwei Goldmark sind einschließlich der Kosten für alle Lehrmittel erforderlich. Doch urteilen Sie selbst! Verlangen Sie auf dem untenstehenden Abschnitt

unsere Einführung in den Unterricht der Sie interessierenden Sprache. — Wir senden Ihnen diese **Probe-Lektion kostenlos**, portofrei und ohne Verbindlichkeit zu. Das Studium einer fremden Sprache birgt so große materielle wie ideelle Vorteile, daß auch Sie sich unbedingt dazu entschließen sollten. Selbst wenn Sie heute noch nicht wissen, wie Sie Sprachkenntnisse einmal erwerben können, wäre es falsch von Ihnen, unsere Anregung nicht zu beachten. Veränderungen ergeben sich oftmals bald im Leben, und viele Tausende, die früher einmal aus Liebhaberei eine Sprache erlernt haben, besitzen heute in ihren Sprachkenntnissen die **Grundlage für Ihre Existenz**

Überlegen Sie daher nicht lange. Füllen Sie den nebenstehenden Abschnitt aus und senden Sie ihn uns heute noch als Drucksache (5 Pf.) ein. Wenn Sie Zusätze machen, muß die Sendung mit 10 Pf. (Briefporto) frankiert werden. Verschieben Sie aber nicht auf morgen, was Sie heute noch tun können.

Langenscheidtsche Verlagsbuchhandl.
(Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg, Geogr. 185a.

Name: _____
Beruf: _____
Ort u. Str. _____